Einzelnummer 1 K.

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 1 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischen Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

Freitag, 1. IV. 1921.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

Abonnement monatl. K 7.— ¼jährl. K 20.—

[illegible] „[illegible]blatt" ist kein [illegible] anderes als [illegible] berufen [illegible] nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. Inserate kosten 80 h für die 8fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

22. Adar Scheni 5681.

Nach dem Zionistentag.

Der zweite tschechoslowakische Zionistentag litt an denselben Fehlern, die noch jede zionistische Tagung bisher aufzuweisen hatte: an dem großen Mangel an Zeit und an dem ebenso großen Ueberfluß an Rednern. Es ist nun einmal nach den Naturgesetzen, denen auch unsere Tagungen unterworfen sind, unmöglich, in eineinhalb Tagen gründliche Berichte zu hören, die Arbeit von zwei vergangenen Jahren entsprechend zu kritisieren und zu würdigen, die Probleme der Galutharbeit und Galuthpolitik, der Jugendbewegung, des Palästinaaufbaues, die Fragen der Chaluzim, der Kulturarbeit, des Schulwerks systematisch zu diskutieren, alle Resolutionen und Wahlvorschläge genau zu prüfen und ein wohl überlegtes Urteil zu fällen. Es wäre viel richtiger, für jede Tagung einen ganz bestimmten Gegenstand vorzubehalten und diesen dann wirklich von Grund auf zu behandeln. Allerdings wäre es dann auch gut, die Delegierten aus dem Kreise jener zu wählen, welche zu diesem Gegenstande etwas zu sagen haben. Heute kommt jeder Delegierte mit ganz bestimmten persönlichen Wünschen zur Tagung und glaubt, das wichtigste Interesse sei, daß er seine Rede möglichst ausführlich anbringen kann. Dabei redet man aneinander vorüber, jeder bekämpft im Gegner Dinge, die dieser gar nicht gesagt hat. Man betrachtet den Zionistentag als einen Debattierklub, was er gar nicht ist, zeigt sich aber oft auch den Anforderungen nicht gewachsen, die an einen Debattierklub gestellt werden können. So ist am Schluß einer jeden zionistischen Tagung (zu unserem Troste: bei den anderen Parteien meist in noch höherem Maße) das Gefühl der Enttäuschung und der Depression vorherrschend: es ist wieder einmal nichts herausgekommen.

Diesem Gefühl der sicher berechtigten Kritik gegenüber muß aber doch darauf hingewiesen werden, daß die oft etwas wirren und stürmischen Debatten ein Zeichen leidenschaftlichen Interesses sind. Wenn nichts Positives herauskam (beim Reden kann überhaupt nichts herauskommen), so kam doch etwas hinein; es ist offenbar zum erstenmal gelungen, über eine formelle Behandlung der einzelnen Fragen hinauszukommen und, wenn auch vorerst sehr beiläufig den Kern der Aufgaben anzurühren. Es gab viel Kritik und viel Widersprüche; aber noch niemals empfand man so stark, daß Kritik und Gegenkritik von einem ganz starken Ethos getragen waren, das beiden Teilen gemeinsam war. Und wenn es sonst vielleicht ein Gemeinplatz ist, daß die schärfsten Gegner persönliche Freunde seien und einander nach der Debatte die Hand zu gemeinsamer Arbeit reichen können, so ist es diesmal ganz stark in Erscheinung getreten.

Die Tagung war fast ausschließlich von der Debatte über Galutharbeit beherrscht. Die Politik des Jüdischen Nationalrates wurde auf Herz und Nieren geprüft. Charakteristisch ist, daß die Resolutionen des Hapoel Hazair, dessen Anhänger die lautesten Rufer im Streite waren, einstimmig angenommen wurden, daß aber der größte persönliche Erfolg, den ein Redner sich holte, dem Präsidenten des Nationalrates Dr. Singer zufiel. Er verstand es allen Delegierten die Ueberzeugung beizubringen, daß er nicht nur nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet habe, sondern das der Nationalrat überhaupt alles geleistet habe, was unter den gegebenen Voraussetzungen geleistet werden konnte. Es hat jedenfalls wohltätig gewirkt, daß nach zweieinhalb Jahren der Zionistentag Gelegenheit hatte, auch die Fragen der Politik zu erörtern. Das Ergebnis der Aussprache war, daß die bisher bestehende organisatorische Scheidung der politischen von der übrigen zionistischen Arbeit aufrecht erhalten wurde, daß aber Dr. Singer und Dr. Goldstein ins Zentralkomitee gewählt wurden, dem sie auch für ihre Politik verantwortlich sind.

Für die Fragen der Palästinaarbeit hatte dieser Zionistentag sehr wenig Zeit. Es wird notwendig sein, durch eine gründliche Vorbereitungsarbeit die jüdische Oeffentlichkeit unseres Staates auf die Fragen des Palästinaaufbaues und auf den Zionistenkongreß hinzuweisen, der im Spätsommer dieses Jahres stattfindet. Der Zionistentag hat in einer Resolution an die zionistische Leitung die Aufforderung gerichtet, den Kongreß nach Karlsbad einzuberufen. Hoffentlich nimmt die zionistische Leitung diese Einladung an und gibt den Juden dieses Landes Gelegenheit, ihr Interesse und Verständnis für die Kernfrage des Zionismus, den Aufbau Palästinas, zu beweisen.

II. tschechoslowakischer Zionistentag.

27. und 28. März in Brünn.

Erster Tag:

Im ganzen waren 89 Delegierte erschienen und zwar aus Mähren und Schlesien: Dr. Feldmann-Brünn, Frau Berta Schnabl-Brünn, Otto Weich-Brünn, Ing. Siegfried Spitz Hapoel Hazair-Brünn, Dr. Adolf Grünfeld-Brünn, Ing. Max Singer-Brünn, Prof. Arnold Herrmann-Freudenthal, Leop. Schnitzler-Göding, Fritz Braun-Brünn, Ernst Havek-Gaya, Dr. Viktor Grünwald-Iglau, Dr. Jos. Rufeisen-Mähr.-Ostrau, Dr. Hugo Herrmann-Mähr.-Ostrau, Leo Krieger-Mähr.-Ostrau, Jacques Krieger-Mähr.-Ostrau, Frau Mitzi Löwy-Mähr.-Ostrau, Oberlehrer Ferdinand Kraus-Mähr.-Ostrau, Prof. Dr. Alfred Engel-Mähr.-Weißkirchen, Paul Hein-Neutitschein, Dr. Viktor Altar-Olmütz, Josef Grünberger-Olmütz, LGR. Dr. Meißner-Olmütz, Frau Else Schoner-Olmütz, Direktor B. Kraus-Oderberg, Frau Käthe Riesenfeld-Prerau, Ing. Ernst Fischer-Privoz, Dr. Robert Sonnenmark-Proßnitz, H. Goldschmied-Proßnitz, Fritz Steckelmacher-Proßnitz, Rabbiner Dr. Leopold Goldschmied-Proßnitz, Gustav Finzi-Troppau, Karl Weinreb-Troppau, Dr. Gust. Kohn-Troppau, David May-Tschech.-Teschen, Ignaz Brunn-Ung.-Brod, Ing. Karl Klein-Ung.-Brod, Friedrich Fränkel-Ung. Ostra, Jos. Wagner-Ung.-Ostra, Hans Rebenwurzel-Straßnitz, Chem. Josef Spitzer-Wolframs;

aus Böhmen: Dr. Hugo Pick-Aussig, Dr. Moritz Singer-Aussig, Dr. Artur Freund-Gablonz, Dr. Alfred Löwenstein-Karlsbad, F. Brummel-Klattau, Fr. Friedmann-Kolin, Ing. Thein-Komottau, Dr. Emil Margulies-Leitmeritz, Robert Fanta-Nachod, Prof. K. Fischl-Pilsen, Norbert Albert-Prag, Olga Bobasch-Prag, Ernst Freud-Prag, Artur Kauders-Prag, Alexander Feig-Prag, Dr. Angelo Goldstein-Prag, Norbert Meißner-Prag, Trude Neweklus-Prag, Georg Langer-Prag, Dr. Robert Herrmann-Budweis, Prof. Dr. Oskar Epstein-Prag, Hapoel Hazair, M. Spitzer-Hapoel Hazair, Schreibmann-Hapoel Hazair, Dr. Felix Resek-Prag, Dr. Ludwig Singer-Prag, Ing. Slonitz-Prag, Emil Waldstein-Dobris, Otto Zucker-Prag, Ernst Zwicker-Prag, Dr. Fritz Hahn-Teplitz;

aus der Slowakei: Dr. Füredi Robert, Dr. Kondor Arpad-Bratislava, Martin Szekeres-Povazska Bistrica, Dr. Ferbstein-Presov, Kolber Mark-Presov, Hermann Lichtig-Presov, Emil Preiß-Presov, Springer Eisig-Presov, Geza Haas, Adolf Reichenthal-Trnava, Martin Kien-Velka Bytca, Adolf Trostler-Velka Bytca, Julius Linkenberg-Velka Bytca, Rudolf Braun-Zilina, Dr. Eugen Groß-Zilina, Siegmund Lipa-Zilina, Malvine Neubauer-Zilina, Gutmann Mor-Velka Sevljus, und 3 Vertreter des Misrachi.

Alexander Feig begrüßt in hebräischer Sprache den zweiten tschechoslowakischen Zionistentag und gedenkt in seiner Rede des gefallenen Trumpeldor. (Die Versammlung erhebt sich.) Norbert Adler begrüßt als stellvertretender Obmann im Namen des Exekutivkomitees tschechisch den Zionistentag, heißt alle herzlich willkommen, insbesondere die Gäste Dr. Chaim Tartakower vom europäischen Zentralkomitee des Hapoel Hazair Wien, den Vertreter des Misrachi Lichtig, den Vertreter des Jüdischen Nationalrates in Prag Markus Ungar. Er gedenkt in seiner Rede unserer Toten, namentlich der ukrainischen Pogromopfer. Er verliest die eingelaufenen Begrüßungstelegramme des Londoner Exekutivkomitees, des Zionistischen Zentralkomitees Warschau, der tschechoslowakischen Ivrianer vom 60. semestrigen Stiftungsfeste Wien, der Zionistischen Vereinigung für Deutschland Berlin, des Zionistischen Landeskomitees für Oesterreich, der tschechoslowakischen Chaluzim in Palästina, die Entschuldigungsschreiben des Dr. Federmann-Pilsen, Dr. Sipos-Bratislava und erklärt den Zionistentag für eröffnet.

Auf Vorschlag Zucker werden für das Bureau gewählt: fürs Präsidium Gustav Finzi, Dr. Emil Margulies, Dr. Ludwig Singer, Dr. Ferbstein, Mor. Guttmann, als Schriftführer die Herren Dr. Artur Freund (deutsch), Dr. Oskar Epstein (hebräisch) und Fr. Friedmann (tschechisch).

Gustav Finzi übernimmt das Präsidium dankt dem Zionistentag für das Vertrauen und erklärt, daß er sich bemühen wolle, vollste Objektivität walten zu lassen; er hofft auf die Unterstützung aller Teilnehmer, um den Zionistentag zu einer würdigen Kundgebung des tschechoslowakischen Zionismus zu gestalten. Er erteilt das Wort Dr. Josef Rufeisen, der in hebräischer Sprache dem Zionistentag die Grüße des mährisch-schlesischen Distriktes übermittelt und ihm einen günstigen Verlauf wünscht. Lichtig überbringt die Grüße für Misrachi und der ostslowakischen Judenschaft. Professor Dr. Oskar Epstein überbringt eine Erklärung der Hitachduth Happel Hazair, die als Fraktion in die zionistische Organisation eintritt.

Für den Legitimationsausschuß schlägt Dr. Josef Rufeisen folgende Herren vor: Ernst Freund, Dr. Hugo Herrmann, Dr. Füredi, Markus Kolber, Ing. Spitz.

Vorsitzender Finzi will, da das abtretende Zentralkomitee im „Jüdischen Volksblatte" seinen Rechenschaftsbericht abgedruckt hat, den einzelnen Referenten nur zu kurzen Erklärungen das Wort geben: dann würde gleich zur Debatte geschritten werden. Da eine vollständige Präsenzliste noch nicht vorliege, so könne die Permanenzkommission erst nach dem Referat des Legitimationsausschusses gewählt werden. Die Berichte des Palästinaamtes, das Chaluzreferat, Referat über Keren Hajessod und Lage im Zionismus sollen am Montag Vormittag gemeinsam erledigt werden.

Für das abtretende Exekutivkomitee ergreift nun Norbert Adler zu seinem Berichte das Wort. Er will zugeben, daß nur ein Teil des Programmes, welches sich das Zentralkomitee gestellt hat, erfüllt wurde, woran nicht zum geringen Teile die mangelnde Unterstützung seitens der Zionisten schuldtragend ist. Das Zentralkomitee hat es sich zur Aufgabe gemacht, in erster Reihe den Kontakt mit den einzelnen Teilen der Republik zu schaffen, da bis dahin die einzelnen Distrikte ziemlich unabhängig voneinander gelebt haben. Das Zentralkomitee wäre überzeugt gewesen, daß ein gemeinsames Werk nur durch den persönlichen Kontakt herbeigeführt werden könnte, wobei in erster Linie an einen Rednerauslausch gedacht war, welcher Austausch vollkommen mißglückt und zum großen Teil an dem mangelnden Arbeitswillen der Gesinnungsgenossen gescheitert sei. Er stehe auf dem Standpunkt, daß neben den bewegenden Problemen des Tages nur ein palästinazentrischer Zionismus etwas erreichen kann und in diesem Sinne bittet er seine Nachfolger, seine Arbeit fortzusetzen. Da der Obmann des Exekutivkomitees Herr Thein aus Gesundheitsrücksichten seine Stelle niedergelegt habe, habe er (Norbert Adler) die Geschäfte weiter geführt und er bitte Herrn Thein von dieser Stelle aus den Dank abzustatten. Er schlägt die Schaffung eines neuen Distriktskomitees für die Podkarpatska Rus und die Aenderung des Organisationsstatutes vor und hofft, daß diese Vorschläge angenommen werden. Zum Schlusse mache er noch darauf aufmerksam, daß der Kongreß im August stattfinden werde und er bitte den Zionistentag, auch in dieser Frage Stellung zu nehmen, damit London benachrichtigt werden könne.

Dr. Hugo Herrmann (zur Geschäftsordnung): Die Debatte über die Berichte möge nach Möglichkeit zusammengefaßt werden; sowohl für Berichterstatter als auch für Debatter soll eine Redezeit festgesetzt werden: Referenten 15 Minuten, Debatter fünf Minuten. (Angenommen).

Zum Berichte über die Pressekommission ergreift Dr. Hugo Herrmann das Wort, der erklärt, zu seinem gedruckten Berichte nichts hinzufügen zu wollen. Die Debatte, die sich an dieses Referat schließt, beschäftigt sich meistens mit der Presse, wiewohl der Referent erklärt, daß die Preßkommission eigentlich mit der Presse nichts zu tun hätte, da die Pressekommission nur dafür Sorge zu tragen hat, daß Broschüren, Propagandamaterial und zionistische Literatur in das breite Publikum getragen werden. An der Debatte beteiligen sich M. Spitzer, Prof. Dr. Epstein, Zucker, wobei Professor Epstein den Vorschlag bringt, eine Kommission zu wählen, die über die Möglichkeiten berät, einzelne Zeitungen zusammenzulegen und dem Zionistentag Vorschläge zu machen. Gg. Finzi hält dafür, man möge dem neuen Zentralkomitee anheimstellen, die Zeitungsfrage zu regeln.

Für die Kultusgemeindekommission berichtet Gustav Finzi. Der Referent spricht den Wunsch nach der Schaffung eines einheitlichen Gemeindebundes für den ganzen Staat aus. Vorläufig existieren der „Svaz" in Pardubitz, der mährische Landesverband in Mähr.-Ostrau, der schlesische Landesverband in Troppau. Die Verhältnisse in Böhmen seien sehr triste, es seien bereits Schritte unternommen worden, um auch vom Präsidium des Nationalrates die Schaffung eines Gemeindebundes einzuleiten. In Prag würde am 11. April eine Tagung verschiedener jüdischer Organisationen stattfinden, welche sich mit der Frage beschäftigen soll, ebenso der für Pfingsten einzuberufende Gemeindetag. In der Debatte sprechen Norbert Adler, Dr. Schindler-Gaya, Emil Waldstein, welch letzterer [illegible] er auf den großen Gegensatz hinweist, der zwischen den Assimilanten und den Zionisten herrscht, und meint, daß sich sowohl tschechische als auch deutsche Assimilanten vereinigen würden, um gegen den Zionismus aufzutreten. Jedenfalls wäre er vorläufig nur für die Schaffung eines Gemeindebundes für Böhmen, Mähren und Schlesien, indem er der Schwierigkeiten in der Slowakei gedenkt.

Zum Nationalfondsreferat ergreift der Sekretär des Jüdischen Nationalfonds Emil Kafka das Wort, spricht über die Bedeutung des Jüdischen Nationalfonds und schlägt vier Resolutionen zur Annahme vor. Die Behandlung der Resolutionen wird der Permanenzkommission zugewiesen. Aus diesen wäre hervorzuheben die Schaffung einer Wohltätigkeits-Lotterie zu Gunsten des Jüdischen Nationalfonds und die Schaffung einer landsmannschaftlichen Siedelung in Palästina. In der Debatte bespricht Dr. Goldstein die Wohltätigkeitslotterie, Dr. Margulies wendet sich gegen landsmannschaftlichen Siedelungen und steht auf dem Standpunkt, daß man in der Kolonisation Palästinas dem Exekutivkomitee in London nicht hineinpfuschen dürfe. Schreibmann (jiddisch) wendet sich gegen die Zersplitterung der Arbeit im Nationalfonds. Es wäre für eine Propaganda von psychologischem und pädagogischem Standpunkt in erster Linie für die Schaffung von Kinderliteratur, welche

den Jüdischen Nationalfonds der Kinderseele näher bringen soll. Auch wäre er für eine Intensivierung der Büchsensammlung. Müller (Bratislava) wendet sich gegen den Nationalfonds, weil von ihm Handlungen unternommen würden, welche die gesetzestreuen Juden verletzen; er bittet, daß vom Nationalfonds nichts geschehen möge, was die konservativen Juden abstoßen könnte. Dr. Josef Rufeisen: Die Zahl der Sammelmittel könne nie groß genug sein. Wer für den Nationalfonds gearbeitet hat, weiß, daß sich, je mehr Sammelmittel einem zur Verfügung stehen, desto mehr Gelegenheit zum Sammeln bieten. Der Ausbau der Sammelmittel sei zu pflegen. Er habe die Erfahrung gemacht, daß gerade durch die Materialien große Summen hereingebracht werden. Er verspreche sich viel mehr von der intensiven Tätigkeit jedes einzelnen Zionisten als von psychologischen oder pädagogischen Problemen: Arbeiten Sie jeder, leeren Sie jeder in zehn Häusern die Büchsen, dann werden Sie sehen, daß Sie Erfolg haben werden. Er wendet sich gegen die Ausführungen des Herrn Müller, indem er darauf hinweist, daß die Nationalfondskommission jederzeit Rücksicht auf die religiösen Empfindungen der Juden genommen habe. Frau Mizi Löwy steht auch auf dem Standpunkt, daß es nie ein Fehler sei, wenn viel Sammelmittel vorhanden seien, man solle keinen Anlaß, weder einen freudigen noch einen traurigen vorübergehen lassen, ohne für den Nationalfonds zu sammeln, weil gerade solche Anlässe schöne Resultate erzielen und sehr viel zur Propagierung der Nationalfondsidee beitragen. In der Debatte sprechen noch Dr. Ferbstein zur Lotterie, Dr. Lebenhart zur landsmannschaftlichen Siedlung, Thein, Haas-Trnava (Misrachi), Dr. Goldstein, worauf Sekretär Kafka das Schlußwort hält.

Für den Legitimationsausschuß berichtet Ernst Freund, daß sämtliche Mandate als gültig anerkannt wurden. Es seien bisher 81 Delegierte anwesend, und zwar aus Mähren und Schlesien 32, Böhmen 23, Slowakei 18, Hapoel Hazair 5, Misrachi 3, doch dürfen noch einzelne Delegierte eintreffen.

Norbert Adler ist nicht in der Lage, die Herren vom Misrachi als Delegierte anzuerkennen, sondern nur als Gäste, weil keine Erklärung vorliege, daß sich der Misrachi dem Zentralkomitee unterstellt hätte, was ja auch ausgeschlossen sei, da Misrachi eine eigene Föderation wäre.

Dr. Ludwig Singer beantwortet ein Huldigungstelegramm an den Präsidenten Masaryk in tschechischer Sprache, das sofort abgesendet werden solle. Dieser Antrag wird mit stürmischem Beifall angenommen.

Sein-Neutitschein beantragt, daß sämtliche Anträge dem Permanenzausschusse überwiesen werden sollen. Norbert Adler berichtet, daß das Zentralkomitee die Bildung eines Permanenzausschusses nicht in Aussicht genommen habe, sondern die mehrerer Kommissionen, die erst nach Anhörung des Berichtes des Legitimationsausschusses gewählt werden sollen. Dr. Herrmann ist nicht für die Schaffung mehrerer Kommissionen, sondern für einen Permanenzausschuß. Dieser Ansicht schließt sich der Zionistentag an.

Das Jugendreferat erstattet Dr. Lebenhart. Zucker bedauert, daß die Redezeit gekürzt sei, denn die Jugendfrage sei die Kernfrage der Partei. Es handle sich nicht darum, ein Jugendreferat zu halten, nicht einen Jugendsekretär anzustellen, sondern um eine Jugendbewegung. Man müsse der Jugend ideologische Arbeit bieten, die in der letzten Zeit von der Partei total vernachlässigt wurde. Die bloße praktische Arbeit, die bloße Geschäftigkeit stoße die Jugend ab.

Professor Dr. Engel: Jedes Volk hat Unterrichts- und Erziehungsideale. Dem jüdischen Volke sind sie seit Jahrhunderten abhanden gekommen. Man könne die Erziehungsfrage nicht in einer Viertel- und nicht in einer halben Stunde erledigen. Dazu brauche man Wochen und Monate. Man müsse die jüdische Schulbewegung in Fluß bringen. Er warnt davor, nur in der Turn- und Sportbewegung das Heil der Jugend zu suchen. Im übrigen tage morgen (am Montag, den 28.) die Lehrerkonferenz und er bitte, deren Ergebnisse zur Kenntnis zu nehmen. Man möge sich nur eines vor Augen halten, daß wir mit allen Hilfsmitteln zu Ende sind, wenn wir nicht jüdische Erziehungs-, Unterrichts- und Lehrinstitute schaffen. Professor Dr. Epstein: Der Grund des Rückganges in der Jugendbewegung sei darin zu suchen, daß der Zionismus an Konsequenz eingebüßt hat. Für Hapoel Hazair sei die hebräische Sprache ein Symbol und man müsse es so weit bringen, daß am nächsten Zionistentag nur hebräisch gesprochen werde und daß die fremden Reden ins Hebräische übersetzt werden sollen. Er mache auch auf die neuen Jüdischen Jugendblätter, die in Prag erscheinen, aufmerksam. (Bar Kochba, Prag, Dlouha 22.) Fräulein Newekluf spricht die Ueberzeugung aus, daß wir die Jugendarbeit intensivieren müssen. Das wichtigste Element sei die jüdische Schule und die jüdische Kinderheimstätte. In Prag bestehe eine Kinderheimstätte, an der die Beteiligung zionistischer Kreise gleich Null sei. Die Assimilanten leisten die ganze Arbeit und benützen diesen Umstand, um im entgegengesetzten Sinne zu arbeiten, so daß die ganze Arbeit in Gefahr ist. Sie appelliert daher an die Zionisten, sich mit allem Interesse dieser Frage zuzuwenden. M. Spitzer (Hapoel Hazair) betrachtet den Zionistentag nicht als die Tribüne, auf der solche Referate gehalten werden sollen. Für ihn zerfällt das ganze Problem in zwei Teile. Erstens: wie hat sich die Jugend zur jüdischen Politik zu stellen, und zweitens in das Problem der jüdischen Schule. Die jüdische Schulpolitik könne nie einen Erfolg haben, so lange die Schule von Gnaden der Gesetzgebung gemacht wird. Eine jüdische Schule könne nur auf jüdischem Leben basieren. Man wird eine jüdische Bewegung nicht schaffen, sie wird von selbst entstehen. Professor Dr. Engel würde es für eine Unverantwortlichkeit seinerseits halten, nichts zur Entgegnung zu sagen. Es sei sehr schön und löblich, wenn sich junge Leute begeistern. Herr Spitzer wisse nicht, mit welchen Schwierigkeiten im kleinen und großen man sich auseinanderzusetzen habe. Wenn es ihm nur möglich gewesen wäre, eine einzige Schule, zum Beispiel in Friedek oder Mähr.-Ostrau oder das jüdische Realgymnasium in Brünn, zu sehen, dann hätte er zu seiner Korrektur seiner Ansicht kommen müssen. Was eine Generation durch 30 Jahre vernachlässigt hat, könne man nicht in zwei Jahren ausmerzen. Es sprechen in der Debatte noch Dr. Epstein und M. Spitzer. Das Schlußwort hat der Referent Dr. Lebenhart.

Zum Kassabericht spricht Ing. Slonitz.

Nun schreitet man an die Wahl des Permanenzausschusses. Es liegt ein Antrag vor, in den Permanenzausschuß je fünf Mitglieder eines Distriktes, drei Mitglieder von Hapoel Hazair und ein Mitglied für die Podkarpatska Rus zu wählen. Dr. Feldmann (Brünn) beantragt nur zwei Mitglieder pro Distrikt. Der Antrag wird abgelehnt. In den Permanenzausschuß werden gewählt für Böhmen: Dr. Goldstein, Dr. Resek, Dr. Pick, Dr. Margulies, Zucker; für Mähren: Dr. Feldmann, Dr. Altar, Paul Hein, Dr. Herrmann, Gustav Finzi; für die Slowakei: Dr. Füredi, Dr. Kondor, Dr. Ferbstein, Emil Neumann, Adolf Reichenthal; Podkarpatska Rus: Guttmann Mor; für Hapoel Hazair: M. Spitzer, Dr. Grünfeld Adolf, Ing. Siegfried Spitz. Schluß der Sitzung 1/28 Uhr abends.

Nachtsitzung: Auf der Tagesordnung steht das Referat über Galutharbeit. Der Referent M. Spitzer führt aus: Trotzdem in der Tschechoslowakei so aktive Politik getrieben wird, habe man sich doch nirgends so wenig über die Art und Weise dieser Politik auseinandergesetzt, wie gerade bei uns. Es existiere in der Galuth kein jüdisches Volkstum, für das man besondere Rechte fordern könnte. Man müsse erst dieses Volkstum schaffen. Es ginge nicht an, die Galutharbeit auf eine formal-rechtliche Arbeit zu beschränken. Es zeige sich, daß dieselben Leute, die im Jahre 1918 und 1919 die Anhänger des Jüdischen Nationalrates waren, daß diese Anhängerschaft immer mehr und mehr abfalle und daß dieser Abbröcklungsprozeß nicht momentan aufhöre, sondern noch größer werde. Das mache die abnormale Lage der Juden. Trotz der Emanzipation habe sich die psychologische Ghettostruktur der Juden nicht geändert. Die Juden bilden nach wie vor eine wirtschaftliche Kaste, eine wirtschaftliche Kaste sei aber auf die Dauer keine Gewähr für die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Existenz. Durch die Sozialisierung, durch die fortschreitende Organisation der zentralen Gütervermittlung werden die Juden in den gütervermittelnden Berufen nicht bleiben können. Die nationale und genossenschaftliche Konkurrenz entziehe den Juden den Boden, daher die Auswanderung aus kleinen in die größeren Städte. Es sei unmöglich, auf der Grundlage unserer jetzigen wirtschaftlichen Struktur das Judentum zu erhalten, wenn man nicht zu radikalen Mitteln schreite. Dieses radikale Mittel sehe er in der Berufsumschichtung. Er wisse, daß in dem Rahmen der heutigen Tagung der gesamte Komplex nicht erledigt werden könne, es sei aber notwendig, die Prinzipien der Galutharbeit durchzudiskutieren. Er glaube nicht an den Bestand einer jüdischen Schule, wenn nicht ein jüdisches Volksleben geschaffen werde. Hier dürfe keine Stückarbeit geleistet werden. Man müsse tatsächlich die Juden in der Galuth zum großen Teile zu produktiven Arbeiten überführen. Er beantragt ein jüdisches Arbeitsamt, jüdische Berufsberatung, ambulante Berufsberatungsstellen, die kleine Orte besuchen, Lehrwerkstätten mit Lehrlingsheimen, die Schaffung von Lehrgütern, die Regelung der jüdischen Wanderung innerhalb des Landes, die Anlage von jüdischen Dörfern im Inlande, wo Landwirtschaft getrieben werde. Zur Finanzierung dieses ganzen Problems soll eine Bank geschaffen werden. Diese jüdische Bank müsse unter der Kontrolle der zionistischen Organisation stehen. Referent wendet sich dem Jüdischen Nationalrate zu. Die Galuthkörperschaft, die jetzt besteht, sei nicht befähigt, die von ihm vorgeschlagene Arbeit zu tun, weil sie nicht getragen werde von dem Willen der zionistischen Organisation. Der Jüdische Nationalrat müsse auf demokratische Weise gewählt werden. Diejenigen jüdischen Organisationen und Parteien, welche die Renaissance des jüdischen Volkes auch in der Galuth bejahen, haben in den Nationalrat Delegierte zu entsenden.

Dr. Ferbstein (Presov) hält eine Berufsumschichtung für unmöglich. Dr. Gustav Kohn: Die ganze Frage der Galutharbeit, wie sie vom Referenten gestellt wurde, rüttelt an der alten Frage der Galuthverneinung oder Galuthbejahung. Damit hat man sich hier schon vor 20 Jahren auseinandergesetzt. (Zwischenruf Dr. Margulies: seit dem Olmützer Zionistentag). Die Ueberzeugung, daß eine restlose Lösung der Judenfrage in der Galuth infolge der abnormalen soziologischen Struktur des jüdischen Volkes unmöglich sei, habe eben zum Zionismus geführt. Alles was hier an Galutharbeit getan werde, sei nur Palliativarbeit, Stückwerk. Die Anlegung von geschlossenen jüdischen Dörfern halte er für ganz ausgeschlossen, weil der eventuell freiwerdende Boden den Legionären zugeteilt werden müsse.

Dr. Angelo Goldstein verteidigt die Politik des N. R. gegen die Anwürfe des Referenten. Die Politik des N. R. sei in erster Linie der Abwehr der Angriffe von außen gewidmet. Man dürfe den Erfolg der Anerkennung der jüdischen Nationalität in der tschechoslowakischen Republik nicht unterschätzen, das ganze, wonach wir gestrebt haben und mit Erfolg gestrebt haben, ist daß die Juden den Namen verdienen, Juden zu sein. Man fragt hier, wem der J. N. R. Rechenschaft schuldig ist. Redner glaubt, daß jedes zionistische Mitglied des N. R. dem Zionistentag Rechenschaft geben werde. (Heftige Zwischenrufe von Dr. Epstein und Moische Spitzer veranlassen den Redner, zu schließen. Prof. Dr. Engel will die Schwierigkeiten feststellen, die sich z. B. dem Schulwerk entgegengestellt haben, daß unsere Forderungen nicht jene Objektivität der Verhandlungen gefunden haben, die wir erreichen wollten; man hätte sich erst in diesem Staate, nach Ueberwindung von Bergen der Schwierigkeiten, den Weg bahnen können. Dr. Goldschmied (zur Geschäftsordnung) beantragt Befristung der Redezeit mit Ausnahme Dr. Epstein und Dr. Ludwig Singer auf 10 Minuten. Es sprechen in der Debatte noch Springer (jüdisch), Norbert Adler, Dr. Epstein, Dr. Josef Rufeisen, Emil Waldstein (tschechisch), Dr. Alfred Löwenstein für eine Gründung der Föderation Binjam Haarez. Um 3/41 Uhr früh wird die Sitzung infolge der eingetretenen Sperrstunde geschlossen.

Zweiter Tag.

Beginn der Sitzung halb 10 Uhr vormittags. Die Referate über das Palästinaamt, Chaluzreferat, Keren Hajessod-Referat werden zusammengelegt. Alexander Feig berichtet über die Tätigkeit des Palästinaamtes. Dr. Alter spricht über die Notwendigkeit der Ausbildung der Chaluzim, die um dieselbe Zeit eine Tagung in Teplitz-Schönau haben, und schlägt zwei Resolutionen vor. Der Zionistentag nimmt die Bildung des Chaluzverbandes für die Tschechoslowakei mit dem Sitze in Teplitz-Schönau zur Kenntnis und anerkennt ihn als die Vertretung der in der Tschechoslowakei lebenden Chaluzim; demgemäß sind Entscheidungen, welche Chaluzim betreffen, im Einvernehmen mit dem Chaluzverbande zu treffen. Der Zionistentag fordert das neu zu wählende Zentralkomitee auf, bei der Leitung der Weltorganisation die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die für Ausbildung, Ausrüstung und Uebersiedlung unbemittelter Chaluzim notwendigen Mittel aus den Mitteln des Keren Hajessod gemäß den Bestimmungen beigestellt werden.

Dr. Herrmann will nur die allgemeinen Grundlagen des Keren Hajessod auseinandersetzen, während Emil Waldstein mehr das spezielle behandeln soll. Er spricht über die Lage in Palästina, die bald allzu rosig, bald übermäßig pessimistisch dargestellt werde. Er streift die Fragen der Londoner Jahreskonferenz und bespricht die Umgestaltung der Exekutive. Die Entwicklung wird immer deutlicher und klarer. Die Richtung wird repräsentiert durch Weizmann, sie wird charakterisiert durch zwei Punkte: die Betonung der Kulturarbeit in Palästina und die Betonung einer rascheren und stärkeren Alijah. Nach kurzen Worten über die Mandatsbestimmungen wendet er sich nun der Arbeit für den Keren Hajessod in dem Gebiete zu, das ihm untersteht, daß ist der Distrikt Mähren und Schlesien und Nordböhmen. Er gibt Ziffern über die bisherigen Ergebnisse. Die Erfahrung habe gelehrt, daß wenn die Zionisten nicht vorangehen, von den anderen nichts zu erwarten sei.

Emil Waldstein spricht über die eigentliche Organisation. Der Keren Hajessod erhalte in der Tschechoslowakei zwei Büros, eines in Prag, eines in Mähr.-Ostrau. [illegible] bei Deutschböhmen dem Bureau von Mähr.-Ostrau unterstellt wurde, doch sollte Doktor Emil Margulies die Aktion vorbereiten. Die Propagandaaktion war gedacht als eine bei der zionistischen Oeffentlichkeit und eine bei der nichtzionistischen Oeffentlichkeit. Vor allem habe man das Hauptgewicht darauf gelegt, die Bestimmung des Maasser durchzusetzen. Er bezeichnet den Keren Hajessod als einen Prüfstein des Zionismus. Der Grund, warum die nichtzionistische Bevölkerung in der Tschechoslowakei so schwachen Anteil nehme, beruht in der Uninformiertheit in der zionistischen Literatur, die zum großen Teil deutsch sei und von vielen Juden infolgedessen nicht verstanden werde. Es wäre daher notwendig, sowohl die tschechische als auch die deutsche Parteipresse so zu gestalten, damit sie leistungsfähiger werde und auch diesen Anforderungen entspreche.

Dr. Goldstein: Die mitgeteilten Zahlen könnten nicht befriedigen. Er möchte vorschlagen, daß diejenigen Zionisten, die ihre Pflicht nicht erfüllen, aus der Partei genannt würden. Er wünscht, daß die neue Leitung der zionistischen Weltorganisation begrüßt werde, daß wir ihr das Vertrauen aussprechen und das Gelöbnis ablegen, alles das zu erfüllen, wozu wir verpflichtet sind.

Guttmann Mor (jiddisch) überbringt Grüße der Judenschaft aus der Podkarpatska Rus. Er erhebt Vorwürfe gegen die Leitung, weil in Palästina Handlungen unternommen werden, welche die gesetzestreue Judenschaft verletzen. Er wünscht, daß die Exekutive aufgefordert werde, dahin zu wirken, daß nichts beim Aufbaue Palästinas unternommen werde, was die traditionellen und religiösen Gefühle der Judenschaft verletzen könnte, und fernerhin, daß jeder Zionist veranlaßt werde, sein Leben so einzurichten, daß es mit den Forderungen des traditionellen Judentums in Einklang gebracht werden könnte.

Dr. Josef Rufeisen (Zur Geschäftsordnung) beantragt Befristung der Redezeit auf fünf Minuten. (Angenommen.)

Dr. Resek wünscht, daß der Zionistentag sämtliche Ortsgruppen und Vereine beauftrage, in den folgenden drei Monaten alle Veranstaltungen und Aktionen fallen zu lassen und sich nur in den Dienst des Keren Hajessod zu stellen. Dr. Epstein: Man müsse über Palästina besser informiert sein. Er wendet sich gegen die Art, wie Dr. Herrmann die Verhältnisse in Palästina dargestellt hat. Der Geist, der hier herrscht, der wirkt in Palästina nach. Er beantragt im Namen des Hapoel Hazair folgende Resolution: Der Aufbau Erez Israels erfordert in erster Linie ein Menschenmaterial, das körperlich und geistig vorbereitet ist, um die schwere und verantwortungsvolle Arbeit in allen ihren Formen selbst mit Aufopferung der eigenen Person auf sich zu nehmen. (Chaluziuth).

Alle unsere politischen Erfolge werden ihres Wertes und ihres Inhaltes beraubt, wenn das jüdische Volk die erlangten politischen Rechte nicht zum realen Aufbau des Landes verwendet. Aus diesem Grunde ist die hauptsächlichste Forderung nicht nur des gegenwärtigen Augenblickes, sondern überhaupt des ganzen zukünftigen Aufbauwerkes, daß die Alijah von Chaluzim in immer verstärktem Maße stattfinde. Der Parteitag stellt fest, daß alle Beschränkungen und Drosselungen der Alijah der letzten Zeit bereits ernste politische Gefahren heraufbeschworen haben, die das bisher im Lande erreichte an das schwierigste gefährden.

Der zweite tschechoslowakische Zionistentag fordert daher: a) Beschränkungen, die zur Drosselung der Alijah in letzter Zeit geführt haben und noch führen können, müssen sofort aufgehoben werden. Auch die Behauptung, die Leitung besitze noch nicht die genügenden Mittel für einen systematischen Aufbau von Erez Israel, kann und darf kein Grund zur Drosselung der Alijah sein. Der Geldmangel

muß vielmehr für jeden einzelnen Zionisten und für die oberste Leitung ein Ansporn werden, an das jüdische Volk zu appellieren, die Mittel für den Aufbau und die Aliah aufzubringen.

Der zweite tschechoslowakische Zionistentag fordert von der Obersten Leitung, daß für die Aliah seitens des Keren Hajessod die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, denn ohne Aliah ist der systematische Aufbau des Landes, der durch den Keren Hajessod gewährleistet werden soll unmöglich.

Der zweite tschechoslowakische Zionistentag gibt seiner Meinung Ausdruck, daß der Keren Hajessod die auf ihn gesetzten Hoffnungen, das Finanzinstrument des Aufbaues zu werden, erfüllen werde, wenn die Werbearbeit einen ausgesprochenen demokratischen Charakter tragen und von allen Schichten des jüdischen Volkes als nationales Opfer gefordert werde.

Zu diesem Zwecke ist es dringend erforderlich, daß die zionistische Organisation in die breiten Massen des jüdischen Volkes die Kenntnis von den wirklichen Verhältnissen in Erez Israel trägt und dieselben dazu erzieht, im Aufbau die zentrale Lebensaufgabe des jüdischen Volkes zu sehen.

Ing. Max Singer wünscht, daß die gezeichneten Gelder so schnell wie möglich eingezahlt werden können. Langer bittet die Anträge Guttmanns abzulehnen. Neumann führt aus: Während man in Böhmen, Mähren und Schlesien nur gegen die Interesselosigkeit der Juden zu kämpfen habe, hätten die Zionisten in der Slowakei mit den heftigsten Gegnern zu ringen. Die Rabbiner machen von der Kanzel Propaganda gegen alles, was mit dem Zionismus zusammenhängt. Er möchte daher bitten, daß die zionistische Organisation nichts unternehme, was gegen die Religion verstoßen könnte. Lichtig bittet, daß im friedlichen Geiste verhandelt werde. Es freue ihn, konstatieren zu können, daß der Vorsitzende der Tagung die Gefühle der religiösen Judenschaft ehre, indem er mit bedecktem Haupte präsidere. Dr. Chaim Tartakower als Gast spricht über die Lage in Palästina. Er weist auf den großen Widerspruch hin, der zwischen der Theorie und der Praxis besteht. Die hebräische Sprache sei wohl offiziell anerkannt. In Prozessen herrsche aber noch immer das Arabische oder das Englische. Während die Araber von der Regierung Schulen bekommen, müssen wir unsere Schulen schließen, weil wir nicht die Mittel besitzen, sie zu erhalten. Das könne man sich so erklären, daß die Engländer einzusehen beginnen, daß wir von Palästina wohl viel sprechen, aber nichts tun, um das Land zu erwerben. Es bestehe leider zwischen den Zionisten und Palästina gar kein Zusammenhang. Die Zionisten seien meist nicht einmal im Stande, die palästinensische Presse zu lesen. Schließlich handle es sich nicht nur um Geld, es handle sich vielmehr um unsere ganze Einstellung zu Palästina. Die Ereignisse in Palästina müssen unsere Herzen öffnen. Die Frage der Religion werde im Lande selbst geregelt werden. Es gebe schon heute sehr viele Leute im Lande auch unter den Arbeitern, die für die Religion Verständnis haben. Man sei fest davon überzeugt, daß mit dem Aufbau Palästinas auch die Religion auferstehen werde. Der Misrachi solle aus der Religion kein Politikum machen. Dadurch könne er ihr nur schaden. Müller (Sekretär des Misrachi) führt aus, daß in Sachen des Keren Hajessod beschlossen wurde, gemeinsame Sache mit der zionistischen Organisation zu machen. In der Tschechoslowakei sei das Problem dahin gelöst, daß die Blankette den Vermerk „Misrachi" tragen, so daß man daraus ersehen könne, in welcher Höhe sich Misrachi an den Zeichnungen beteiligt habe. Zum Schlusse wendet er sich gegen die Ausführungen Gutmanns.

Die Delegierten Emil Preis, Marek Kolber, Mor Gutmann, Dr. Ferbstein, Doktor Rufeisen überreichen folgende Resolution: „Der Zionistentag der tschechoslowakischen Republik erachtet es für nötig, daß von offizieller zionistischer Seite nichts unternommen werden soll, was die religiösen Gefühle des jüdischen Volkes verletzt, und daß in sämtlichen Instituten und Arbeiten der zionistischen Organisation auf die Gesetze der Religion Rücksicht genommen werde. Der Zionistentag erhofft von einer durch die Einhaltung dieser Richtlinien erleichterten Heranziehung aller nichtzionistischen, insbesondere der gesetzestreuen Juden, denen der Aufbau Erez Israels zweifellos am Herzen liegt, eine gedeihliche Zusammenarbeit, die auch nach den Intentionen der zionistischen Leitung und der Mandatsmacht von allen Juden erwartet wird."

Schluß der Vormittagssitzung dreiviertel 1 Uhr mittags.

In der Nachmittagssitzung wird die Debatte über die Galutharbeit fortgesetzt. Es spricht Ungar (als Gast) im Namen des Nationalrates und verteidigt dessen Politik, ebenso Artur Kauders. Professor Dr. Epstein wendet sich gegen die Tätigkeit des Jüdischen Nationalrates, dessen Politik er Assimilationspolitik nennt. Er schließt mit der Forderung, daß die zionistischen Mitglieder des Nationalrates vom Zionistentag abberufbar seien. Ing. Frischer steht auf dem Standpunkt der unbedingten Bejahung der Galutharbeit und spricht die Hoffnung aus, daß der Zionistentag dem Nationalrat den Dank aussprechen wird. Nachdem noch Lichtig und Dr. Goldschmied zu dem Punkte der Galutharbeit sprechen, ergreift Dr. Ludwig Singer zu einer längeren Rede das Wort. Er bezeichnet es als eine Anomalie, daß das Referat über die innere Politik einem Manne übertragen wurde, der innere Politik nicht betrieben hätte, sondern nur Kritik geübt habe. Der Nationalrat habe die Einladung bekommen, beim Zionistentag als Gast zu erscheinen. In den Zeitungen sei Kritik dem Jüdischen Nationalrat gegenüber geübt worden, nicht aber dem Zionistischen Exekutivkomitee gegenüber. Die zionistischen Mitglieder des Nationalrates seien gerne bereit, hier zu erscheinen und Rechenschaft zu geben. Dann müsse man ihnen aber auch Sitz und Stimme am Zionistentage [illegible] Redner mußte sich, um nicht als Gast erscheinen zu müssen, erst in Prag um ein Mandat bewerben. Gegen das Zentralkomitee seien keine Anwürfe erhoben worden, er habe sich gefreut, denn er mußte sich sagen, daß das Zentralkomitee offenbar vorzügliche Arbeit geleistet habe. Nur der Nationalrat hätte nichts getan. Er hätte Professor Epstein, der Mitglied des Nationalrates sei, in einer Sitzung aufgefordert, ihm etwas positives oder konkretes gegen den Nationalrat zu sagen. Dies sei nicht geschehen. Hingegen wäre man am Zionistentag in beleidigender Weise gegen den Nationalrat vorgegangen. Von den 21 Mitgliedern des Nationalrates in Prag seien 17 Zionisten. Hierauf wendet sich Dr. Ludwig Singer der Tätigkeit des Nationalrates zu, wobei er erklärt, daß er nach der Kritik, die am Zionistentage geübt wurde, beinahe gezwungen wäre, sein Mandat niederzulegen, aber er fände nicht den Mut dazu; er sehe nur ein Chaos vor sich und fürchte eine Katastrophe. Dr. Singer weist auf die ungeheuren Schwierigkeiten hin, die sich einer politischen Tätigkeit der Juden in der Republik entgegenstellten, und schließt seine Rede unter großem Beifall.

Nach der Rede Dr. Singers flaute das Interesse außerordentlich ab, da mit den Nachmittagszügen ein großer Teil der Delegierten verreiste. Chaim Kugel hielt in hebräischer Sprache das Kulturreferat, das sich aber durchaus in allgemeinen Ausführungen bewegte. Nach etwa zehn Minuten erklärte der Regierungsvertreter den Gebrauch der hebräischen Sprache für unzulässig, worauf Kugel unter Protest und lebhaften Kundgebungen des Zionistentages sein Referat abbrach.

Inzwischen hatte der Permanenzausschuß getagt und das Präsidium brachte die zahlreichen Resolutionen zur Abstimmung. Alle vom Permanenzausschuß gut geheißenen Resolutionen fanden nahezu einstimmige Annahme (Der Wortlaut der Resolutionen folgt demnächst).

Sodann wurden die Wahlen vorgenommen, welche gleichfalls einstimmig erfolgten. Der Permanenzausschuß hatte vorgeschlagen, daß das Exekutivkomitee seinen Sitz in Mähr.-Ostrau haben und die in Troppau und Mähr.-Ostrau wohnenden Mitglieder des Zentralkomitees das Exekutivkomitee bilden sollten. Diese Mitglieder sind: G. Finzi, Dr. W. Wagner, Dr. Hugo Herrmann, Leo Krieger, Dr. Josef Rufeisen. Außerdem wurden gewählt: aus Mähren Dr. Leopold Goldschmied, Dr. Ludwig Meißner und Dr. Artur Kleinmann, aus Prag Norbert Adler, Ing. Elsnitz, Dr. Ludwig Singer, Dr. Angelo Goldstein, Emil Waldstein, ferner aus Böhmen Dr. Emil Margulies und Dr. Artur Freund; vom Hapoel Hazair Dr. Oskar Epstein, Max Feig, Dr. Grünfeld und M. Spitzer; endlich eine Anzahl von Mitgliedern aus der Slowakei und Karpatho-Rußland. Die vollständige Liste des neuen Zentralkomitees werden wir nachtragen.

Nach Ansprachen von Dr. Angelo Goldstein und Dr. Emil Margulies schloß der Zionistentag unter Absingung der Hatikwah um halb 7 Uhr abends.

Die englische Mandatspolitik im House of Lords.

(Von unserem Korrespondenten.)

London, 15. März 1921.

Gestern, den 14. März, fand im House of Lords eine große Aussprache über die Mandatspolitik der englischen Regierung statt und der Staatssekretär des Aeußeren selbst antwortete auf die an die Regierung gestellten Anfragen.

Lord Islington hatte seine Anfrage schon lange angekündigt. Er wollte von der Regierung wissen, ob das Parlament eine Gelegenheit bekommen werde, die Mandate für Mesopotamien und Palästina vor ihrer Unterbreitung an den Rat des Völkerbundes zu bewilligen oder abzulehnen. Der Lord leitete seine Rede mit der Erklärung ein, daß die Besprechung seiner Anfrage schon seit Wochen verschoben worden sei. Inzwischen habe Bonar Law für die Regierung erklärt, daß das Parlament eine Gelegenheit erhalten werde, die Mandate zu diskutieren. Trotzdem sei eine Besprechung der Frage nicht überflüssig geworden. Der Charakter der Mandate, die Art und Weise ihrer Anwendung und die Fragen die damit sowohl außerhalb der Mandatsgebiete als innerhalb derselben verbunden sind, und schließlich die Kosten, die England daraus erwachsen, verlangen, daß die Autorität des Parlaments nicht gekürzt wird, damit es die Gelegenheit hat, bevor die Mandate vor ein anderes Tribunal kommen, zu erklären, ob es sie billigt oder auszubessern oder abzulehnen wünscht. Dies sei noch wichtiger geworden, seit der neue Präsident der Vereinigten Staaten seine Inauguralrede gehalten habe. Der Präsident habe erklärt, daß er dem Hauptziel des Völkerbundes — Vermeidung von Krieg und Erhaltung des Friedens — seine aktive Sympathie und Mitarbeit zusichere. Daß aber die besonderen Methoden des Völkerbundes nicht seine Billigung und Unterstützung finden können. Daraus ergebe sich die Wahrscheinlichkeit, daß die Konstitution des Völkerbundes eine Aenderung erfahren werde. Wenn dies in bezug auf die Konstitution des Völkerbundes in seiner gegenwärtigen Form gesagt werde, so könne [illegible] in bezug auf die Annahme der Mandate gelten. Die Mandate für Palästina und Mesopotamien liegen jetzt vor. Sie sind auf die Annahme aufgebaut, daß alle verbündeten Großmächte die vertragschließenden Parteien seien. Das sei aber tatsächlich nicht der Fall, da die Vereinigten Staaten nicht zu diesen vertragschließenden Parteien gehören. Daraus ergebe sich eine gewisse bevorzugte Stellung für jene Staaten, die dem Völkerbund angehören — eine Tatsache, die zu ernsten Konflikten in der Zukunft führen kann. Dazu komme die Tatsache, daß die Lasten, die sich aus der Mandatsübernahme durch bestimmte Staaten ergeben, sehr ungleich verteilt seien. Eine besondere Ueberlegung verlangen, sagte der Redner, bestimmte Abschnitte des Mandates für Palästina, die durch die englische Regierung und das englische Parlament genau geprüft werden müssen. England habe den Arabern gegenüber Verpflichtungen übernommen, denen die Mandate in wichtigen Linien widersprechen. Die gesetzgebende Instanz in Palästina sei eine ernannte. Ernennung sei immer ein gefährliches Instrument und nur dann wirksam und gerecht, wenn es mit der größten Sorgfalt und Gerechtigkeit angewendet werde, sonst führe sie zu Konflikten mit den Prinzipien des Art. 22 der Konstitution des Völkerbundes, welcher erklärt, daß die Wünsche der Bevölkerung bei der Auswahl des Mandatars berücksichtigt werden müssen. Der Redner wisse nicht, wie sich das Verhältnis in den Mandatsgebieten stelle und wünscht darüber Aufklärung in der Debatte.

Die zivile Verwaltung in Palästina erhalte sich angeblich selbst. Das jährliche Einkommen sei hierfür ausreichend, sodaß keine Ausgaben auf den britischen Steuerzahler fallen. Das könne nicht in bezug auf die militärische Garnison gesagt werden, von der das Mandat abzuhängen scheint. Entsprechend einer offiziellen Erklärung seien 25.000 britische und indische Soldaten in Palästina, die dem britischen Steuerzahler 610.000 Pfund pro Monat, oder ungefähr 7 Millionen im Jahr kosten, d. h. daß jeder englische Steuerzahler 3 Pennies auf das Pfund seiner Einkommensteuer zu zahlen habe. Das Parlament müsse wissen, warum diese Garnison notwendig ist, warum keine lokale Polizei statt dessen eingerichtet ist und warum die englischen Steuerzahler noch weiter die Auslagen zu tragen haben. Das Parlament muß darüber informiert werden, ob diese Garnison nur für die innere Ruhe des Landes oder für weitere Reichszwecke notwendig sei. Der Voranschlag für 1921/22 beziffert die Truppen in Palästina auf 4500 britische und 3200 indische Soldaten. Die Kosten hierfür seien nicht klar, da sie nicht von den Kosten für Mesopotamien getrennt sind; und das Parlament sollte informiert werden, wie groß die Kosten für Palästina und Mesopotamien gesondert seien. Hierauf befaßte sich der Redner besonders eingehend mit den Verhältnissen in Mesopotamien. Die Ausgaben, die England in bezug auf Mesopotamien übernehme, seien ungeheuer. Es müsse eine Politik gefunden werden, die diese Lasten verringert.

Für die Regierung antwortete der Staatssekretär des Aeußern Earl Curzon of Kedleston. Die Politik der Regierung bezüglich der Mandate sei aufgebaut auf die Bestimmungen der Konstitution des Völkerbundes. Die Frage der Uebertragung der Mandate an einzelne Mächte sei dauernd behandelt worden und es sei bekannt gewesen, wem insbesondere die Mandate im Nahen Osten übertragen werden würden. Nur England und Frankreich hätten sich zur Uebernahme dieser Mandate bereit erklärt, und niemand sei dagewesen, der ihren Platz hätte einnehmen können. In San Remo ist die Uebertragung der Mandate geregelt worden. Hierauf sind die Bestimmungen des Mandates in Beratungen zwischen den interessierten Mächten festgesetzt worden. England habe nicht gewünscht, Frankreich oder Italien zu übervorteilen, und umgekehrt, und es sei gewünscht worden, daß die Bestimmungen der Mandate soweit als möglich übereinstimmen. Natürlich sei das Mandat für Palästina auf einer anderen Grundlage als die Mandate über Mesopotamien und Syrien aufgebaut. Die Mandatsbestimmungen sind hierauf dem Rat des Völkerbundes zugegangen, welcher die eingehende Behandlung bis zur nächsten Sitzung aufgeschoben hat. Inzwischen sind die Bestimmungen durch eine Indiskretion in die Presse gekommen. Die Regierung habe sie nicht veröffentlichen können, ohne die Zustimmung aller an der Vertragsschließung beteiligten Mächte. Inzwischen ist die Zustimmung zur Veröffentlichung der Mandate für Mesopotamien und Palästina erreicht worden und die französische Regierung beabsichtige ebenfalls das Mandat über Syrien bekannt zu machen. Es ist zwecklos gewesen, die Mandate zu veröffentlichen, bevor sie der Rat des Völkerbundes diskutiert hat. Es sei zwecklos, Mandate dem Parlament zur event. Revision zu unterbreiten und dann die revidierte Fassung an den Rat des Völkerbundes zu übermitteln. Dieser hätte dann die ursprüngliche Fassung und die vom House of Commons oder vom House of Lords revidierte Fassung vor sich und wüßte nicht, welche Fassung er behandeln soll. Das würde die Stellung des Rates des Völkerbundes herabsetzen. Deswegen können die Mandate nicht vorher dem Parlament unterbreitet werden. Hierauf wandte sich der Staatssekretär gegen die Bemerkung, daß die Mandatsbestimmungen speziell bezüglich Mesopotamiens den den Arabern gegebenen Versprechungen widerlaufen. Zum Schluß unterstrich der Staatssekretär die Hoffnung, daß die Uebernahme der Verwaltung der Mandatsgebiete durch das Kolonialamt zu einer wesentlichen Verringerung der Kosten und zur Durchführung der Prinzipien führen wird, die in den Mandaten verkörpert sind.

Viscount Bryce lenkte hierauf die Aufmerksamkeit auf die Methode, nach welcher die Mandate entworfen und gebilligt worden sind. Man wisse leider nicht, wie weit der Rat des Völkerbundes sich mit der Form befaßt, welche die Mandate von den interessierten Mächten erhalten haben. Die Konstitution des Völkerbundes sagt im Art. 22, daß die Mandate durch den Rat des Völkerbundes festgestellt werden sollen, wenn sie nicht vorher durch die Mitglieder des Völkerbundes vereinbart sind. Danach war die englische Regierung keineswegs verhindert, den Entwurf des Mandates mit Heranziehung des Parlaments fertig zu stellen. Wenn das Parlament Aenderungen vornehmen wollte, nachdem der Rat des Völkerbundes das Mandat bestätigt hat, wäre die Arbeit des Völkerbundes ganz verloren. Daher sollte das Parlament die Mandate diskutieren, bevor sie vom Völkerbundsrat behandelt werden. Das Parlament sollte unter anderem wissen, in welcher Weise die Landfrage in den Mandatsgebieten geregelt werden wird. Wird die Mandatsmacht das Eigentumsrecht erhalten? Und unter welchen Bedingungen wird sie Land zur Verfügung stellen? Wie weit wird Privatrecht am Boden gewahrt werden? Welche Vorkehrungen werden für die lokale Selbstregierung getroffen?

Der Redner erklärte, daß diese Fragen sich speziell auf die afrikanischen Mandate beziehe und er machte bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß sich das australische Parlament berechtigt gefühlt habe, das ihm von der australischen Regierung vorgelegte

Mandat für Neu Guinea abzuändern. Daraus ergebe sich, daß das Parlament sicherlich die Möglichkeit haben sollte, das Mandat zu diskutieren und eventuell abzuändern. Es sei nicht wahr, daß ein Mandat denselben Charakter habe wie ein Vertrag. Ein Vertrag sei ein Geschäft zwischen zwei Nationen bei dem jeder Teil für sich das Beste herausschlagen wolle. Im Falle eines Mandats des Völkerbundes wäre das ausgesprochene Ziel nicht der Nutzen einer der Parteien, sondern der Nutzen der Rasse, Nation oder des Gebietes, für welches das Mandat gegeben wird. Ein Mandat habe daher den Charakter einer Treuhandverpflichtung (Trust). Das Wort „Trust" werde in der Konstitution des Völkerbundes gebraucht. Es ist nicht eine Besitzübertragung; es ist nicht ein Handel; es ist nicht ein Kontrakt; es ist eine Treuhandverpflichtung, die durch die Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, feierlich aufgerichtet werde zu Gunsten anderer Völker, die sie für geeignet halten, unter ihren Schutz genommen zu werden. Die Tatsache, daß es sich um eine solche Verpflichtung handelt, gibt eine Begründung, warum die Verhandlung des Mandats vor aller Welt geschehen solle. Die Mandate sollten nicht nur von den Parlamenten jener Staaten behandelt werden, die die Mandatsverpflichtungen übernommen, sondern von den Parlamenten aller Staaten, die unter der Autorität des Völkerbundes die Uebertragung der Mandate an bestimmte Mächte beschließen. Der Redner erklärte: Wir wissen, was die wirkliche Gefahr des Mandatssystems ist. Es führt zu großen Versuchungen; es könnte mißbraucht werden in den Interessen des Staates, der das Mandat übernommen hat. Dieser könnte — wenn dies auch den Bestimmungen des Völkerbundes widerspricht, den Wunsch haben, Truppen auszuheben, nicht nur um Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten, sondern auch für seine eigenen Zwecke irgendwo sonst. Das ist eine Sache, die die öffentliche Meinung in England mißbilligen würde, und wie zu hoffen ist, auch die Regierung. Wenn aber irgend ein Staat ein Mandat vorschlägt, welches ihm die Rekrutierung von Truppen für solche Zwecke erlaubt, so wäre die englische Regierung durch ihre Vertretung im Völkerbunde in einer weit im englischen Parlament diskutiert worden wäre, wo zweifellos ganz klare Meinungen über den Gegenstand ausgedrückt würden. Auf dieselbe Weise könnte eine Mandatsmacht in die Versuchung kommen, die Naturschätze eines Landes zu ihrem eigenen Nutzen oder zum Nutzen ihrer eigenen Staatsbürger auszubeuten. Sie könnte die Handelsbestimmungen so formulieren, um ihren eigenen Staatsbürgern Vorrecht zu gewähren und könnte die Bedingungen für die Vergebung von Konzessionen so fassen, daß sie einer das eigene Land eine bevorzugte Stellung schaffen. In allen diesen Fällen schafft das Mandat ein gesetzliches System, das die Mitglieder des Völkerbundes, die zustimmen, bindet. Deshalb sollten wir wissen, in welcher Weise wir gebunden sind. Wenn irgend ein Staat sein Mandat so ausnützen will, um für sich selbst Vorteile zu sichern, und wenn nachher die Bestimmungen des Mandats, wenn wir Beschwerden erheben, gegen uns ins Treffen geführt werden, so sollen wir doch eine Gelegenheit haben, unsere abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen, bevor die Mandate vom Rat des Völkerbundes approbiert sind.

Es ist richtig, daß auch selbst wenn die Gesetzgebung nicht parteiisch ist, die Verwaltung parteiisch sein kann. Wir können das nicht absolut verhindern, wenn auch der Rat des Völkerbundes darauf sehen soll, daß es nicht geschieht. Je schwieriger es aber ist, die Verwaltung zu überwachen, desto weniger ist, daß jedes Mandat so entworfen ist, daß es gegen den Mißbrauch schützt. Es sollte nicht befürchtet werden, daß auf diese Weise jeder Staat die Bestimmungen der Mandate kritisiert, die anderen Staaten übernommen haben. Es sei besser Kritik vorher als Streit nachher zu haben. Wenn ein Fall entsteht, in welchem sich unsere eigenen Bürger beschweren, daß sie in fremden Mandatsgebieten unfair behandelt werden oder wenn ein Eingeborener Stamm zu uns mit der Beschwerde kommt daß er schlecht behandelt wird und die Angelegenheit im Parlament zur Sprache kommt, so sollen wir nicht an Vorstellungen gehindert sein, indem man uns sagt, daß wir durch unseren Vertreter im Völkerbund die Mandatsbestimmungen schon bestätigt hätten. In diesen Angelegenheiten ist Geheimnistuerei nicht am Platze. Der Völkerbund kann nur gedeihen, wenn er durch die aktive öffentliche Meinung der besten und gebildeten Menschen unterstützt wird, und auch durch die arbeitenden Klassen, deren Interesse und Sympathie notwendig sind.

Der nächste Redner, der Erzbischof von Canterbury, stellte die Frage ob die Mandate nach der Billigung durch den Völkerbund dem Parlament zur Prüfung oder nur zur Kritik, d. h. mit dem Recht zur Abänderung oder nur mit dem Recht zur Annahme oder Ablehnung vorgelegt würden. Die Regelung der Mandate könne für Generationen das Dasein von gewaltigen Ländern und vieler hundert Tausender Menschen bestimmen. Auf Grund des Artikels 22 der Konstitution des Völkerbundes beginnen wir jetzt mit der Anerkennung eines Treuhandverhältnisses und einer Verantwortung, die wir gegenüber den judenglichen Völkern übernehmen. Der Redner fragt nach den Kontrollrechten der Mandatarmächte über jene Körperschaften, die eine philanthropische, erzieherische, religiöse und Missionstätigkeit in den Mandatsgebieten ausüber. Wenn für solche Zwecke freiwillige Spenden aufgebracht werden und die Mandatarmächte die Verwendung dieser Gelder in einem gewissen Maße kontrollieren, muß dieses Kontrollrecht besprochen werden. Man sollte wissen, wie z. B. amerikanische Vertreter solcher Körperschaften in den Mandatgebieten behandelt werden.

Hierauf kam Lord Sydenham zu Wort, und sagt zunächst, es wäre sehr wünschenswert, gewesen, wenn das Mandat für Mesopotamien von einem anderen Lande, vielleicht von Amerika übernommen worden wäre. Was das Palästina-Mandat anbelangt, so gebe es Anlaß zu verschiedenen Bedenken und Gefahren. Es verpflichte England für viele Jahre zu großen Ausgaben. Außerdem binde es die nationale Ehre Englands. Prof. Clay von der Yale-Universität hat in Amerika über seine Erfahrungen in Palästina berichtet und erklärt, daß England nicht nur das Edikt vom November 1918, sondern auch den Artikel 22 der Konstitution des Völkerbundes verletzt habe. Diese Frage wird im Parlament behandelt werden, wenn das Mandat über Palästina zur letzten Diskussion vor das Haus kommt. Die amerikanische Kommission, Gesandter Crane und Präsident King haben seinerzeit Rundfragen angestellt, um die Wünsche der palestinensischen Bevölkerung festzustellen, aber ein eigentliches Plebiszit hat nicht stattgefunden. Eine Volksabstimmung ist nicht durchgeführt worden. Aber es wurde die allgemeine Meinung ausgedrückt, daß die jüd. Einwanderung eingedämmert werden soll. Das war der Wunsch der Menschen, die ihr nationales Heim in Palästina haben und er ist im Mandat hintangesetzt worden. Jetzt findet eine große Imigartion von Juden statt, einschließlich mancher Bolschewiken. Der Bericht dieser Kommission sollte vor das Parlament gebracht werden.

Als nächster Redner stellte Lord Lamington an die Regierung die Frage, ob die Wünsche der Araber festgestellt worden seien, bevor die Mandate verteilt werden sind, ob im Frühjahr 1919 eine amerikanische Kommission die Bevölkerung Palästinas und Syriens über ihre Wünsche befragt habe und ob dieser Bericht nicht dem Parlament vorgelegt werden könne, bevor die Mandate durch den Rat des Völkerbundes endgültig gebilligt werden. Zur Begründung seiner Anfrage ging Lord Lamington zunächst auf die Geschichte der Verhandlungen mit König Hussein und Emir Feisul zurück. Die den Arabern gemachten Versprechungen seien im Mandat für Mesopotamien berücksichtigt, soweit aber das Mandat für Palästina in Betracht komme, könne der Redner nicht glauben, daß die Araber in Palästina tatsächlich gewünscht hätten, daß die nationale Heimstätte für die Juden so stark in Erscheinung trete, wie es geschieht. Dazu kommt, daß der Einfluß Frankreichs in Syrien das Mißtrauen der Araber weckt. Was den Bericht der amerikanischen Kommission anlangt, dessen Veröffentlichung der Redner wünscht, möchte er allerdings nicht zu viel Gewicht auf diesem Punkt legen. Diesem Bericht zufolge hätten die Araber die Uebertragung des Mandats an Amerika gewünscht.

Namens der Regierung antwortete der Staatssekretär Lord Curzon. Bezüglich Palästinas erklärte er: Zweifellos ist es richtig, daß die Araber in Palästina vorziehen würden, die Zionisten überhaupt nicht im Lande zu haben. Das wäre wahrscheinlich der Fall. Aber es ist als ein großer Akt der Staatspolitik in einem frühen Stadium des Krieges beschlossen worden, eine Deklaration zu machen, die mit dem Namen von Mr. Balfour verbunden war. Diese Deklaration aber ist, ob sie nun richtig oder falsch war, durch die andern Mächte angenommen worden. Sie ist endgültig einverleibt und wiederholt in den Bestimmungen des Vertrags von Sevres, und repräsentiert daher nicht nur eine britische Politik, sondern eine Politik der Alliierten. Das Ziel unserer Regierung war, seit dies stattgefunden hat, sicherlich, die Wiedererschaffung dessen, was das nationale Heim in Palästina genannt wird, mit den Rechten des arabischen Volkes in Einklang zu bringen. Diesem Punkt messe ich die höchste Bedeutung zu, und so weit es mich angeht und ich hatte mit den Bestimmungen des Mandats sehr viel zu tun, war es mein Ziel, daß durchaus volle Gerechtigkeit den Rechten und Ansprüchen und der Lage derjenigen gesichert wird, die eine große Majorität der Bevölkerung des Landes bilden. Wenn die Frage der Juden bei Seite gelassen wird, so ist vermutlich kein Zweifel, daß die Araber in Palästina das britische Mandat jedem andern vorziehen! Auch in Mesopotamien und Syrien seien die Wünsche der Bevölkerung durchaus berücksichtigt worden. In Antwort auf die Reden von Lord Bryce und des Erzbischofs von Canterbury verwies der Staatssekretär auf die Rechte, die dem Völkerbund und dem Rat des Völkerbundes durch Artikel 22 der Konstitution des Völkerbundes vorbehalten worden sind. Mit dem Mandat habe die Regierung zuerst zum Rat des Völkerbundes gehen müssen und dieser werde in 14 Tagen die Behandlung der Mandate in Angriff nehmen. Wahrscheinlich wird der Rat des Völkerbundes an die englische Regierung eine Reihe derselben Fragen richten, die soeben im House of Lords an die Regierung gerichtet worden sind. Vielleicht wird der Rat des Völkerbundes Veränderungen vorschlagen. Die Analogie zwischen Mandaten und Staatsverträgen gehe weiter als Lord Bryce annehme. Die Mandate, jedenfalls die englischen Mandate, seien keineswegs nur in der Abgeschlossenheit des Amtes ausgearbeitet worden; und als die Mandate zur Veröffentlichung kamen, wo sie von der Presse aller Richtungen unerwartet günstig aufgenommen worden. Was mit den Mandaten geschehen wird, wenn sie vom Völkerb. angenommen sind, lasse sich nicht genau sagen; vermutlich würde das Parlament aufgefordert werden, einen allgemeinen Ausdruck seiner Meinung über die Mandate zu formulieren. Angenommen, daß sich gegen eine besondere Bestimmung im Mandat eine überwältigende Gegnerschaft ergibt, so würde das wahrscheinlich auf die Regierung einen großen Eindruck machen. Aber es wäre unangebracht anzunehmen, daß, wenn der Rat des Völkerbundes die Mandate akzeptiert, — mit oder ohne Aenderung — daß dann das Parlament sie zu Stücken reißt.

Auf diese Weise könnte das Experiment nicht erfolgreich durchgeführt werden. Der Staatssekretär bemerkte, er habe beabsichtigt, den Rat des Völkerbundes zu einer verantwortl. Körperschaften zu machen. Er sollte das Vertrauen eines Schätzers dessen, was recht und ordentlich ist, ebenso genießen wie die Parlamente der interessierten Länder. Eine andere Erklärung könne nicht abgegeben werden.

Lord Sydenham stellte nochmals die Frage, ob Schritte unternommen worden seien, um die Meinungen der Araber und Christen in Bezug auf die Errichtung des nationalen Heims für die Zionisten einzuholen.

Hierauf schloß die Debatte in der üblichen formalen Weise.

Das House of Lords war schwach besucht und es kam niemand zu Wort, der sich durch sein Interesse für die zionistischen Forderungen besonders ausgezeichnet hätte. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die stärksten Freunde des jüdischen Nationalheims nicht im House of Lords, sondern im House of Commons sitzen. Die Debatte war aber jedenfalls von nicht zu unterschätzender Bedeutung sowohl was die Aussprache über die Verhältnisse in Palästina anlangt, als auch was die Stellung betrifft, die hervorragende Mitglieder des Hauses zu dem Mandatsystem überhaupt einnehmen.

Die Voraussetzung.

Der Text des englischen Mandatsentwurfs hat in der gesamten jüdischen Welt ungeheures Aufsehen erregt. Es ist vielleit nicht zuviel gesagt, daß er das Ende des Antizionismus darstellt. Alle, die überhaupt noch bewußtes Judentum repräsentieren, suchen ihre Richtung in irgend eine Verbindung mit dem neu entstehenden jüdischen Palästina zu bringen. Sowohl aus dem Lager des liberalen Judentums, wie aus dem der Orthodoxie ertönen zurzeit nur freundliche Stimmen. Alle wollen sie mitarbeiten. Und diejenigen Juden, die keinerlei Verbindung mehr mit dem lebendigen Judentum finden können, respektieren doch achtungsvoll die Tatsache, die nunmehr zweifelsfrei feststeht. Denn wenn der Mandatstext auch noch nicht formelle Geltung erlangt hat, so geht doch bereits die praktische Entwicklung so vor sich, als wenn er die formelle Sanktion bereits erlangt hätte. Tatsächlich, kann man sagen, ist das Mandat in dem Augenblick in Kraft getreten, als der Text des Entwurfes bekannt wurde. Die jüdische Magna Charta besteht. Sie erfüllt nicht alle Hoffnungen. Wir werden danach streben müssen, sie mehr und mehr zu verbessern, namentlich, je mehr Positionen wir in Palästina gewinnen. Aber die Grundlage ist geschaffen, der äußere Rahmen des Basseler Programms ist Wirklichkeit.

Indessen, in der Geschichte gibt es keinen Stillstand. Denn es ist wirklich erst der äußere Rahmen, der geschaffen wurde. Wie, wenn es uns nicht gelingt, ihn mit innerem Leben zu erfüllen? Der ganze Mandatstext hat nur Sinn, wenn die in ihm liegende Absicht, die Entstehung des jüdischen Palästina, zur Wirklichkeit wird. Nur unter dieser Voraussetzung ist Palästina, das heute noch eine überwältigende arabische Majorität hat, dem jüdischen Volke zur Besitzergreifung geöffnet worden. Erfüllt sich diese stillschweigende Voraussetzung des Mandats nicht, so wird es nicht möglich sein, die Absicht des Mandats für alle Ewigkeit aufrecht zu erhalten. Zeigt es sich nach einer gewissen Zeitdauer, daß das jüdische Volk nicht die Neigung hat, die Möglichkeiten auszunutzen, die das Mandat ihm bietet, oder daß es hierzu nicht imstande ist, so wird keine Macht der Welt in der Lage sein, den Juden die Pforten Palästinas in derjenigen Weise offenzuhalten, wie dies in dem Mandat geschieht. Seien wir uns darüber klar, das in dem Mandat liegende Versprechen ist zeitlich begrenzter Natur. Es setzt als Gegenleistung eine ungeheure Anstrengung des jüdischen Volkes voraus und erlischt, wenn diese nicht erfolgt. Wenn es uns nicht gelingt, die Araber zu überflügeln, dann ist Palästina für uns verloren.

Hiezu aber kommt noch, daß die Mandatsmacht mit aller Bestimmtheit darauf rechnet, daß sie in absehbarer Zeit alle Lasten, die ihr erwachsen, an uns abgeben kann. Die Mandatsmacht denkt gar nicht daran, dauernd für uns die Lasten in Palästina zu tragen. Es gibt Zionisten, die meinen, daß wir ihr heute schon die Last der Sicherheitsgewährt abnehmen müßten. Mag dieser Zeitpunkt früher, mag er später kommen, allzu fern wird er jedenfalls nicht sein. Haben wir das jüdische Palästina bis dahin nicht soweit gestärkt, daß es den Hauptteil dieser Last selbst übernehmen kann, dann wird auch von diesem Gesichtspunkt aus das jüdische Palästinawerk zusammenbrechen. Dann wird die Mandatsmacht die Last auf willigere Schultern abwälzen, sie wird nach „neuen politischen Formeln" suchen.

Machen wir uns also keinerlei Illusionen! Wenn wir wahrhaft das jüdische Palästina wollen, müssen wir jetzt auf der einen Seite den Keren Hajessod, das gemeinnützige Finanzinstrument der Zionistischen Organisation, zur höchsten Kraftentfaltung befähigen, und wir müssen gleichzeitig in höchstem Maße private Kapitalien in den Dienst des Aufbaus Palästinas stellen und jeder, der dies vermag, muß mit seinen eigenen Kräften das jüdische Palästina schaffen helfen. E. M.

Die religiöse Neuorganisation in Palästina.

„Le Juif" (Straßburg) das Organ des französischen Misrachi, berichtet aus Palästina: Seit seiner Ankunft in Palästina hat Sir Herbert Samuel die Unordnung bemerkt, welche bei der Organisation der religiösen Gerichtshöfe und der Mehrzahl der Großrabbiner herrscht, die an der Spitze der verschiedenen Gemeinden Jerusalems und Palästinas stehen. Eine von ihm ernannte Studienkommission hat dem Oberkommissar einen Bericht erstattet, dessen Ergebnis hier folgen möge:

Es soll eine oberste religiöse Behörde ohne administrative Gewalt konstituiert werden. Diese Organisation wird, was jeden einzelnen Ort betrifft, den Gemeinderäten der betreffenden Städte anvertraut werden, und für Fragen allgemeiner Natur einer Generalversammlung. Diese höchste religiöse Behörde wird ihre Tätigkeit über ganz Palästina ausdehnen. Jede Stadt soll das Recht haben, ihre religiösen Funktionäre selbst zu wählen. Es war sehr schwer und beinahe unmöglich, sich über die Wahl eines religiösen Oberhauptes zu einigen, welches von allen jüdischen Gemeinden Palästinas anerkannt wird, was für eine oberste jüdische Behörde unbedingt notwendig ist. Die Sephardim, aus deren Mitte früher stets der offizielle Großrabbiner gewählt wurde, forderten, daß das religiöse Oberhaupt sephardisch sei. Da eine vollständige Einigkeit unter den Juden wahrscheinlich kaum vor der nächsten Generation verwirklicht werden kann, mußten gewisse provisorische Statuten festgesetzt werden, die man nach Ablauf einer gewissen Zeit einschränken kann.

Aus den oben erwähnten Gründen hat sich die Kommission davon überzeugt, daß es schwierig wäre sich über die Wahl eines für ganz Palästina maßgebenden religiösen Oberhauptes zu einigen, und daß es nötig ist, eine Gruppe von Rabbinern zu konstituieren.

die zu gleichen Teilen aus Sephardim und Aschkenasim besteht. Dieser Rabbinerrat hat zwei Präsidenten, einen Aschkenasi und einen Sephardi: welche für eine bestimmte Zeitdauer gewählt werden und die Anführer der beiden Gemeinden sein sollen. Dieser Rat soll das oberste Beth Din Jerusalems sein. Er soll aus 8 Mitgliedern bestehen, einschließlich der beiden Präsidenten; die anderen 6 bilden das Beth Din von Jerusalem und sind in zwei Gerichtshöfe je zur Hälfte für beide Gemeinden geteilt. Der aschkenasische Präsidend wird den Titel Großrabbiner tragen, und der sephardische den des Rischon Lezion. Einer der beiden Präsidenten wird, gemäß der Entscheidung der Rabbinerversammlung, welche den Rabbinerrat wählt, der Präsident des Appellationshofes sein. Der Rabbinerrat wird für 3 Jahre gewählt; nach Ablauf dieser Zeit erfolgt eine Neuwahl.

Ueber den Modus der Wahl des Rates ist man noch nicht einig; wahrscheinlich wird man vonseiten der Regierung Hilfe bekommen. Die Majorität ist geneigt, die Wahl den Rabbinern zu überlassen und sie mit den Repräsentanten der jüdischen Gemeinden Palästinas zu vereinigen. Die Kommission hält es für ratsam, die Zahl der Wähler auf 70 festzusetzen, gemäß der Anzahl der Mitglieder des Großen Sanhedrion, und hievon sollen zwei Drittel Rabbiner, ein Drittel Laien sein. Ein konstituierendes Komitee soll ernannt werden, bestehend aus einem Vertreter des gegenwärtigen rabbinischen Büros, zwei Vertretern des gemischten Jerusalemer Gemeinderates, einem Vertreter der orthodoxen askenasischen Gemeinde und einem Vertreter des Nationalrates. Dieses provisorische Komitee wird die Generalversammlung einberufen, welche sich über den Vorschlag der Regierung betreffs der Wahl eines Großrabbiners oder eines Rabbinerrats von 8 Mitgliedern aussprechen soll, dem durch die Versammlung noch 3 Laien hinzugefügt werden sollen.

Der so gewählte Rabbinerrat wird die oberste Gewalt in allen religiösen Angelegenheiten Palästinas ausüben; er wird das offizielle Beth Din von Jerusalem sein. Jede Gemeinde kann ihr besonderes Beth Dins haben, aber die Regierung wird kein Urteil vollstrecken, das nicht von dem offiziellen Beth Din in Jerusalem bestätigt ist. Wenn die Versammlung sich für die Bildung eines Beth Din oder Appellationshofes entscheidet, wird dieser aus 7 bis 8 Mitgliedern des Rabbinerrates zusammengesetzt sein und in letzter Instanz über die von den religiösen Gerichten ganz Palästina ausgesprochenen Urteile entscheiden. Die Ernennung der religiösen Gerichtshöfe durch die Gemeinderäte der Städte wird gleichfalls durch den Rabbinerrat von Jerusalem legalisiert werden.

Der Titel des Nacham Baschi (Großrabbiner) wird aufgehoben; kein Rabbiner ist berechtigt, ihn zu tragen. Allein die Präsidenten des Rabbinerrats haben das Recht, sich Großrabbiner der askenasischen und sephardischen Gemeinden Palästinas zu nennen.

Auf dem Wege zu unserem sozialistischen Aufbau.

Von Jechiel Halpern, Wien

I.

Die Bourgeoisie aller Kulturvölker hat große materielle und geistige Werte geschaffen. Das Proletariat jedes einzelnen Volkes ist der künftige Erbe dieser Reichtümer. Seine Aufgabe ist es, in erster Linie die Macht zu ergreifen und mit ihrer Hilfe die bereits vorhandenen und die noch zu schaffenden Güter der Gesamtheit zu erschließen.

Im jüdischen Volke zeigt sich ein ganz anderes Bild. Was die jüdische Bourgeoisie geschaffen hat, schuf sie als organischer Teil der gesamten Bourgeoisie des betreffenden Landes. Die durch sie geschaffenen Reichtümer sind organisch untrennbare Teile des gesamten materiellen und geistigen Besitzes der betreffenden Völker. Da die Eingliederung der jüdischen Masse, sowohl der arbeitendenden als auch der deklassierten, in den sozialen Organismus ihres jeweiligen Wohnlandes auf unermeßliche Schwierigkeiten stößt, ja fast unmöglich ist, ist auch ihr potenzieller Anteil an den der Enteignung verfallenden Reichtümern nur außerordentlich gering. Noch weniger aber können die jüdischen arbeitenden Massen Erben irgend bedeutender Werte im Rahmen ihres eigenen jüdischen sozialen Organismus werden, da innerhalb desselben der Kapitalismus (wie bei früherer Gelegenheit dargelegt) nur eine destruktive Mission hat, seine große konstruktive, schaffende Sendung aber ausschließlich außerhalb der jüdischen Gemeinschaft übt. Innerhalb unseres nationalen Organismus erben die jüdischen arbeitenden Massen nur die Leiden eines der Deklassierung verfallenen Kleinbürgertums und den Weltschmerz einer verzweifelten, wurzellosen Intelligenz.

Die jüdischen arbeitendenden Massen können also auch in Zukunft nicht zu Eigentümern der durch ihre Arbeit einst geschaffenen Werte werden. Diese sind in den sogenannten Nationalreichtum der einzelnen Völker organisch eingegliedert, zu denen das jüdische arbeitende Volk aus Gründen, die hier nicht mehr zu erörtern sind, keinen Zutritt hat.

Was die jüdischen arbeitenden Massen als zukünftiges Mitglied der entstehenden sozialistischen Gesellschaft besitzen wollen, das müssen sie erst zu schaffen beginnen. Während also bei anderen Kulturvölkern die Ergreifung der durch das Proletariat zwecks Aneignung der vorhandenen Werte im Vordergrunde steht, ist bei uns vor allem die Frage des Schaffens aktuell. Dies gilt nicht nur in bezug auf rein materielle Werte, sondern in nicht minderem Maße in bezug auf die zu schaffenden geistigen Reichtümer. (Darüber sprechen wir in den folgenden Aufsätzen noch näher).

Dieses Schaffen, dieser Aufbau kann nur durch die jüdischen arbeitenden Massen als die relativ gesündeste Klasse im Judentum durchgeführt werden. Die Teilsiege und selbst der endgültige Sieg des Sozialismus bringt daher keineswegs automatisch auch den Sieg des jüdischen Sozialismus mit sich, er macht nur den Kampf für den jüdischen Sozialismus möglicher und leichter.

Den Anfang in der Errichtung unseres sozialistischen Aufbaues hat unsere palästinensische Arbeiterschaft gemacht. Nur eine genaue Analyse der im jüdischen Leben herrschenden sozialen und geistigen Zustände kann uns den scheinbaren Zwiespalt zwischen dem gedenklichen Radikalismus und dem angeblich oft praktizierten Opportunismus der palästinensischen Arbeiterschaft erklären. Diese Analyse und diese Erklärung soll in den weiteren Aufsätzen verursacht werden.

Keren Hajessod.

Der Maassergedanke in Beßarabien.

Von Dr. M. Schwarzmann, Kischinew.

Die Keren Hajessodarbeit in Beßarabien wurde mit einer Konferenz in Kischinew am 21. Jänner 1921 eröffnet, auf der eine gehobene Stimmung herrschte. Die Teilnehmer gingen mit dem festen Entschluß auseinander, die regste Tätigkeit zu entfalten. Seitdem wird in der jüdischen und russischen Presse unermüdlich der Keren Hajessod propagiert. Täglich erscheinen sowohl in der russischen wie auch in der jüdischen Presse einige hundert Zeilen über den Keren Hajessod und sonstige Palästinaangelegenheiten. Die Folgen machen sich bereits bemerkbar. Ueber den Keren Hajessod wird jetzt allenthalben debattiert: in den Gesellschaften, beim Tee, auf der Straße und im Cafee. Die jüdische Oeffentlichkeit wird sich immer mehr des Erustes und der Wichtigkeit des Keren Hajessod bewußt. Gleichzeitig entwickeln hiezu eigens entsandte Instrukteure eine rührige Tätigkeit in der Provinz. In fast allen 9 Bezirksstätten Beßarabiens sind bereits Bezirkskomitees geschaffen worden. In manchen Bezirksstädten wurden Beratungen der aktiven Gesinnungsgenossen des Bezirkes abgehalten, und in vielen kleinen Orten wurden Komitees begründet. Die Komitees beginnen ihre Tätigkeit in erster Reihe mit der Besteuerung der Zionisten. Diese Besteuerung, die in Kischinew bereits durchgeführt wurde, ist gegenwärtig in allen Bezirksstädten im Gange. In Kischinew ergab die den Zionisten vorgeschriebene und auferlegte Steuer für die nächsten fünf Jahre die Gesamtsumme von $2\frac{1}{2}$ Millionen Lei, wobei konsequent die Maaseridee als Besteuerungsmaßstab angewandt wurde. Die Erfahrung lehrt, daß so sehr, die Maasseridee auch im ersten Moment undurchführbar erscheinen mag, sie sich doch in der Folge als der geeignetste Steuerregulator erweist. Das Beispiel der Maasserentrichtung wirkt direkt ansteckend. Kaum hat jemand den Maasser entrichtet, so wird er selbst einer seiner feurigsten Verfechter. Kein Redner kann so zündend, überzeugend und anregend wirken wie derjenige, der seine Pflicht getan und den Maasser entrichtet hat. Das Prinzip des Maasser hat in den zionistischen Kreisen Fuß gefaßt und findet allmählich auch in nichtzionistischen Kreisen Anklang. Und selbst wenn es in manchen Orten wegen allzugroßer, in die Augen springender Herabsetzung der zu leistender Maaserabgabe bis zu einer Relegierung einzelner Gesinnungsgenossen kommen sollte, so dürfte das auf die Gesamtaktion von guter Wirkung sein.

Der Maasser wird sowohl vom Stammvermögen wie auch vom Einkommen berechnet. Bei Festsetzung des Minimalbetrages beharren wir gleichfalls auf dem Maasserstandpunkt. Der monatliche Minimalbedarf einer Familie ist hier 3000 Lei; somit wäre der jährliche Minimalbetrag an Maasser 3000 Lei. Da wir unter den Steuerzahlern auch ledige Personen haben und außerdem mit einer Unterschätzung des Einkommens bei der Besteuerung seitens der Steuerzahler rechnen müssen, haben wir den jährlichen Mindestbeitrag an Maasser mit 500 Lei festgesetzt. Leute, deren Einkommen weniger als 500 Lei Maasser abwirft, die also weniger als 410 Lei monatlich verdienen, sind von der Steuerlast zu befreien. Hiernach beläuft sich der fünfjährige Mindestbeitrag für den Keren Hajessod auf 2500 Lei pro Steuerzahler. Im Vergleich zu dieser Summe, die 10 Pfund Sterling ausmacht, erscheinen mir die Minimalsätze der anderen Länder viel zu gering.

Wir fanden es aber für nötig, auch denjenigen, deren Einkommen hinter dem Minimum zurückbleibt, und die aus freien Stücken an der nationalen Steuerlast mittragen wollen, die Möglichkeit hiezu offen zu lassen. Es wurde daher die Bestimmung getroffen, daß Leute, deren Zahlungsunfähigkeit, das Minimum zu leisten, von der zuständigen Steuerkommission bestätigt wird, sich zu Gruppen vereinigen dürfen, die kollektiv den Minimalbetrag leisten. Damit ist sowohl den Aermsten die Möglichkeit geboten, an der nationalen Steuerlast mitzutragen, als auch der Festsetzung eines allzugeringen Minimalbeitrages aus dem Wege gegangen. Das hat für die Gesamtaktion eine große Bedeutung, da in den nichtzionistischen Kreisen wohl die Tendenz, am Minimum und nicht am Maximum festzuhalten, vorherrschend sein dürfte.

Ueber das Endresultat läßt sich nichts Näheres voraussagen. Jedoch glauben wir, daß sich bei nergischer und beharrlicher Tätigkeit die Totalsumme von 50,000.000 Lei wohl wird erreichen lassen. Das wären also 10 Millionen Lei jährlich und für die 50.000 verhältnismäßig armen, jüdischen Familien Beßarabiens, von denen 25 Prozent auf öffentliche Fürsorge angewiesen sind, eine hohe Leistung.

Es darf aber auch nicht außer Acht gelassen werden, daß zur Eintreibung dieser Summen das Keren Hajessodkomitee während der kommenden vier Jahre alljährlich eine zwei bis 3 Monate währende energische Tätigkeit wird entfalten müssen. Die meisten Steuerzahler, die den Maasser vom Einkommen zu entrichten haben, behaupten, für die kommenden Jahre die Höhe ihres Einkommens und somit auch die der Abgabe nicht vorausbestimmen zu können. Von diesen Steuerzahlern nehmen wir die Verpflichtung, in den kommenden vier Jahren den Durchschnittsverdienst eines Monats (ohne die Ziffer vorher zu bestimmen) für den Keren Hajessod abzuführen.

Die Aktion wird durch ein Büro, bestehend aus fünf bis sechs Mitgliedern, geleitet. Die Provinz wird von acht bis zehn Instrukteuren und einigen Rabbinern als Agitatoren bedient. An Druckmaterial werden Plakate, Aufrufe und Flugblätter in Anwendung gebracht. Das Mandat wird separat gedruckt werden und zur Verteilung gelangen. Die Presse verursacht uns auch größere Ausgaben. Alle diese und noch viel andere Unkosten, die die Arbeit erfordert, dürften wohl 5 bis 6 Prozent der Sammlungen in Anspruch nehmen.

Amerika.

Die Stimmung in Amerika.

Nachstehend geben wir einen Auszug aus einem im New Yorker „Morgenjournal" erschienenen Artikel des Redakteurs B. Shelvin.

Dr. Weizmann bereitet sich jetzt auf seine Amerikareise vor. Wegen dieser Reise ist auch die Sitzung der Großen Actions-Comites verschoben worden. So haben es die amerikanischen Zionistenführer verlangt. Ihr Wunsch ist gegen den Willen mancher Mitglieder des Actions-Comites erfüllt worden, weil Sokolow und Weizmann der Meinung sind, daß der Friede mit Amerika über alles ginge.

Wir halten es für nötig, darauf hinzuweisen, daß die Zionisten Amerikas nie mit den europäischen Führern Krieg geführt haben. Es gibt keinen einzigen organisierten Zionisten in Amerika, der die Führer in Europa angreifen würde und keiner von ihnen hat einen Aufschub der Sitzung des Actions-Comites verlangt. Dies war einzig und allein der Wunsch der amerikanischen Führer, die seit der Jahreskonferenz in London gegen den Willen der zionistischen Massen in Amerika, ja sogar gegen den Willen vieler ihrer eigenen Mitarbeiter in der Nationalexekutive (Geschäftsführender Ausschuß der Zionist Federation of Amerika) arbeiten. Dieser Aufschub ist hier allen unverständlich. Eigentlich sollte die A.-C.-Sitzung zuerst stattfinden, die Pläne für den sofortigen Aufbau Palästinas ausarbeiten, und erst dann müßte Dr. Weizmann nach Amerika kommen, um von den amerikanischen Zionisten die Durchführung der vom Großen Actions-Comite ausgearbeiteten Pläne zu verlangen. Vor allem müssen die Pläne ausgearbeitet werden, damit die amerikanischen Juden wissen, wie tief sie in ihre Taschen greifen müssen.

Die amerikanischen Führer haben versucht, die in Buffalo durchgeschmuggelten Beschlüsse auch in Kanada durchzusetzen. Ferner haben sie versucht, James Rothschild für sich zu gewinnen. Aber die Kanadaer Konvention erklärte ihnen, daß sie eher geeignet sind, mit London zusammenzuarbeiten, als sich von Amerika ins Schlepptau nehmen zu lassen. Auch James Rothschild erklärte seine absolute Loyalität Weizmann gegenüber, sobald er merkte, wozu die amerikanischen Führer ihn gebrauchen wollten.

Die Hauptsorge bereitet uns der Keren Hajessod. Dr. Weizmann und seine Begleiter müssen das hiesige zionistische Publikum über den Keren Hajessod richtig informieren damit die Arbeit für den Keren Hajessod energisch durchgeführt wird. Aber außer der Keren Hajessodfrage, gibt es eine noch viel wichtigere Frage, die während des Aufenthaltes Dr. Weizmanns in Amerika geregelt werden muß. Das ist die Frage der zionistischen Disziplin, die außerhalb jeder Diskussion stehen muß. Die zionistische Parteidisziplin, wie die Disziplin jeder Partei, fordert, daß die Beschlüsse des zionistischen Kongresses für alle Zionisten ohne Unterschied bindend sein müssen. Wenn die Jahreskonferenz, die in einem kongreßlosen Jahre die Machtbefugnisse eines Kongresses besitzt, beschlossen hat, den Keren Hajessod durchzuführen, ist dieser Beschluß für alle Landsmannschaften bindend. Daher sind die Beschlüsse von Buffalo ungültig, die im strikten Gegensatz zu den Londoner Beschlüssen stehen.

Interessant ist auch, daß nach sicheren Nachrichten aus allen Bezirken die zionistischen Massen die Beschlüsse von Buffalo als ungültig betrachten und bereit sind, den Keren Hajessod, wie er in London beschlossen wurde, durchzuführen. Die zionistischen Massen dürfen aber nicht länger schweigen, sie müssen ihre Stimme laut erheben, damit die europäischen Führer hier keine Konzessionen hier an die amerikanischen machen sollen. Das Schweigen der zionistischen Massen ist von beiden Seiten als ein Vertrauensvotum für die amerikanischen Führer betrachtet worden.

Frieden? Ja, aber einen für die Leitung der Weltorganisation ehrenhaften Frieden. Möge niemand sagen, daß der falsche Klang des amerikanischen Dollar die Autorität der zionistischen Leitung verletzt habe.

Erez Israel.

Politisches.

Autonomie der Städte.

Auf Grund einer Besprechung mit dem Jüdischen Nationalkomitee versprach Oberkommissär Sir Herbert Samuel, Instruktionen zu erlassen, wonach die jüdischen Stadträte als die alleinige jüdische Repräsentanz in den städtischen und ländl. Siedlungen anerkannt werden sollen. Als oberste Vertretung soll das Nationalkomitee (Waad Leumi) gelten. Den kommunalen Vertretungen soll ferner das Besteuerungsrecht eingeräumt werden. (Z. K.)

Irreführende Nachrichten über eine „Räumung" Jerusalems.

Das offiziöse Wolffsche Büro, welches im allgemeinen keine Nachrichten über Palästina bringt, meldet, daß Jerusalem von der französischen und italienischen Besatzungsabteilung geräumt sei. Eine Reihe von Blättern brachte diese Meldung unter dem irreführenden Titel „Jerusalem geräumt. Selbstverständlich ist von einer Räumung Jerusalems durch die Truppen der Mandatsmacht England keine Rede. (Z. K.)

Bildung einer palästinensischen Landesverteidigung.

Die palästinensische Regierung trifft Vorbereitungen für die Aufstellung einer eigenen Truppe, einstweilen von 2 Bataillonen von 600 Mann. Das Nordbataillon soll hauptsächlich aus jüdischen Soldaten bestehen und von Col. Margulin befehligt werden, welcher bereits der Kommandeur der „Judeans", der jüdischen Legionäre im englischen Heer, war. Das Südbataillon soll vorwiegend aus Arabern bestehen. An der Spitze beider Bataillone steht General Lastell. Die Dienstzeit wird auf ein Jahr festgesetzt, und alle 6 Monate soll eine neue Rekrutierung stattfinden. (Z. K.)

Wirtschaftliches.

Die amerikanischen Bodenkäufe.

Im Auftrage der amerikanischen Bodenankaufsgesellschaft „Zion Commonwealth" begeben sich in kurzem Pyter Schweitzer und Frau Mary Fels nach Palästina, um mit den Bodenankäufen zu beginnen. Rosenblatt, der Präsident der Gesellschaft, hat Pläne ange-

nommen, nach denen auf den angekauften Ländereien Ansiedlungen in der Art englischer Gartenstädte angelegt werden sollen. (J. K.)

Die Entwicklung Petach Tikwahs.

Die größte jüdische Kolonie Palästinas, Petach Tikwah, hat mit den Arbeiten für die Elektrifizierung der Kolonie begonnen. Der Kolonierat erhebt zum diesem Zwecke eine Bodensteuer von 2½% pro Dunam, wodurch ein Betrag von 12.000 Pfund zusammenkommt. Die Anglo Palestine Company übernimmt in Höhe dieses Betrages Garantie. Gleichzeitig wird bekannt, daß Baron Rothschild sich endgültig entschlossen hat, eine breitspurige Anschluß-Eisenbahnstrecke von Ras el Ein nach Petach Tikwah zu bauen, nachdem die Regierung ihm die Verzinsung der Anlagekosten aus der Einnahme der palästinensischen Eisenbahnen zugesichert hat. Der Bau beginnt in diesen Tagen. (J. K.)

Landesvermessung.

Die Abteilung für Landesvermessung beim Arbeitsdepartement der palästinensischen Regierung hat ihre Tätigkeit begonnen. Die Vermessungsarbeit beginnt im südlichen Gebiet von Beerschaba und soll nach Norden fortschreiten. Sie wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen und erfordert einen Stab durchgebildeter Landmesser. Die Leitung befindet sich in Jaffa, wo auch eine Schule für Vermessungswesen errichtet wird. (J. K.)

Von der Jca.

Kalwarisky und Rosenhak, die Vertreter der Jca in Palästina, unternahmen eine Reise durch die jüdischen Kolonien und besuchten auch die landwirtschaftlichen Gruppen von Rosch Pinah bis Metullah, denen sie Versorgung mit landwirtschaftlichen Geräten und Bauten zusagten. (J. K.)

Kulturelles.

Die tierärztliche Schule in Jaffa geschlossen.

Da das Budget des Waad Chinuch erheblich gekürzt werden mußte, mußte leider die in Jaffa seit drei Jahren bestehende tierärztliche Schule geschlossen werden. Die unter Leitung von Dr. Kaspy stehende Schule hat ein größeres tierärztliches Personal herangebildet, das zur Zeit in allen Kolonien tätig ist. (J. K.)

Die amerikanischen Rabbiner für Palästina.

Eine große Konferenz amerikanischer Rabbiner fand in New York im Großen Hamidrach in Harlem statt. Nach den Reden des Rabbi Josef Meir Lewin aus Cincinnati, Rabbi Jehuda Löb Epstein aus New York und Rabbi Jurman aus Waterbury, Conn. wurde einstimmig eine Resolution angenommen, welche die Mitarbeit für Palästina als Pflicht aller Juden bezeichnet. (J. K.)

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Ahavath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen.

*

Die Bibliothekstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden nicht mehr Dienstag, sondern jeden Montag, von ½6 bis ½7 Uhr abends im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüd. Volksschule statt.

Aus der Theaterkanzlei.

Freitag, den 1. April gelangt Kalmans beste Operette „Das Hollandweibchen", die stets vor ausverkauftem Hause mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, zur 6. Aufführung. (Stammsitz B.)

Samstag, den 2. April beginnt der gefeierte erste jugendliche Held und Liebhaber des Wiener Burgtheater Raul Aslan sein Gastspiel in Strindbergs packendem Schauspiel „Rausch". (Stammsitz A.)

Sonntag, den 3. April, 3 Uhr nachmittags geht Kalmans Meisteroperette „Hollandweibchen" zum siebenten Male in Szene. (Außer Dauer- und Stammsitz.) — Abends halb 8 Uhr zweites Gastspiel Raul Aslans in „Rausch" von Strindberg. (Stammsitz B.)

Troppau.

Blau-Weiß-Purimabend.

Der angekündigte Purimabend, der am Samstag, den 2. April, 8 Uhr abends, beziehungsweise als Kinderkostümkränzchen am Montag, den 4. April, um 6 Uhr abends im Saale des Gesellenhauses stattfindet, begegnet allseits lebhaftem Interesse. Das Programm umfaßt musikalisch-deklamatorische Vorführungen, das dramatische Fragment „Esther" dargestellt von jüdischen Studenten und Mädchen. Karten gültig für beide Veranstaltungen zum Preise von 6 Kronen für Einzelpersonen, Familienkarte für 4 Personen 20 Kronen exklusive Lustbarkeitssteuer. Erhältlich im Schuhgeschäft „Bruna", Oberring. Einladungen wollen bei Landesgerichtsrat Dr. Wagner (Rosengasse 14) reklamiert werden. Für den Wanderbund Blau-Weiß: Dr. Wagner.

*

Der Wanderbund „Blau-Weiß" in Troppau, hielt am Mittwoch, den 23. März 1921 die zweite Kontrollversammlung ab. Es ergab sich ein Stand von insgesamt 37 Wanderern und 10 Wanderinnen. Es bestehen 3 Burschenzüge. Die 2 jüngeren Burschenzüge mit einer Zahl von 19 Wanderern (beziehungsweise 14 und 5). Beide Züge stehen unter der Leitung des Führers Isaak Seßler. Der ältere Burschenzug wird derzeit vorläufig vom Oberführer, den Herrn L.-G.-R. Dr. Wilhelm Wagner geleitet. Mädchenzüge bestehen 3, mit einer Zahl von insgesamt 30 Wanderinnen, (beziehungsweise 14, 8 und 8). Sie stehen alle unter der Leitung der Führerin Frl. Mella Schlesinger.

Die Kontrollversammlung fand gleichzeitig als Purimabend statt. Althergebrachte Masken und Schlachmones erhöhten die Stimmung. Die erste Kontrollversammlung hatte als Chamischa-Assar-Beschwat-Feier stattgefunden. Auf die Purimveranstaltung am Samstag, den 2. April 1921 und auf das Kinder-Kostümkränzchen am Montag, den 4. April wird hingewiesen. Kassierin des Wanderbundes ist Frl. Mizzi Kohn, Sperrgasse 9. Schriftführer ist Edmund Fränkel, Niederring 1, an den allein alle Zuschriften gerichtet werden sollen. Zu Ostern fand eine große Macocha-Zentralwanderung statt, über die noch berichtet werden wird.

L.-G.-R. Dr. Wilhelm Wagner.

Jüdischer Sport

Proßnitz.

S. K. Makabi Proßnitz — S. K. Makabi Ostrau 3:1. Die Ostrauer, vom Spiele des Vortages ermüdet, befriedigen nur während der ersten 20 Minuten. Günsberg und Kohn werden vom Schiedsrichter ausgeschlossen, so daß die Ostrauer mit neun Mann das Spiel beenden.

Stafette „Quer durch Ostrau". 6×400 Meter. 1. Ostravska Slavia, 2. Ostravska Slavia, 3. Makabi. Von Makabi liefen Salo, Krompholz, Hirschberger, Bago, Fuchs, Singer.

Mähr.-Ostrau.

S. K. Makabi — Rapid N.-S. (Wien) 3:3 (3:2). In diesem am Ostersonntag ausgetragenen ersten größeren Wettspiel der Saison, stellte sich Makabi als nicht zu unterschätzende Mannschaft vor. Man sah neben guten Einzelleistungen, Ansätze zu einer flinken Kombination, sehr viel Elan und Spieleifer, durch den die technische Ueberlegenheit der Gäste wettgemacht wurde. Die Rapidleute waren die schnelleren und gewandteren, jedoch körperlich den Einheimischen unterlegen. Das im Tempo und Spielweise sehr scharf geführte Spiel trug durchaus offenen Charakter. Makabi erringt durch einen von Isi Hornung getretenen, von Gans mit einem Prachtschuß verwandelten Eckball in der 21. Minute die Führung. Die beiden Wiener Flügel schaffen vor dem Makabi-Tor kritische Situationen, die durch die aufopfernd arbeitenden Backs (Julek Hornung und Freund) geklärt werden. Die 34. Minute bringt den Ausgleich für Rapid, in der 38. Minute erlangt der ausgezeichnet spielende Zenterstürmer Makabis, Mohra, zum zweitenmal die Führung durch Verwertung eines Eckballes. Rapid, flottes Flügelspiel bevorzugend, setzt zu vehementen Angriffen an, die in der 41. Minute zum zweiten Ausgleich führen. In der letzten Minute der ersten Halbzeit erzielt wiederum Mohra den dritten Treffer für die Blauweißen. In der zweiten Halbzeit hat Rapid mehr vom Spiel, beiderseitig scharf geführte Angriffe finden meist bei den Backs ein Ende. In der 19. Minute der zweiten Hälfte verwandelt Rapid einen Elfmeterstoß zum ausgleichenden Tor. (Ecken 4:4). Schiedsrichter Leban entsprach nicht den Anforderungen, die man an den Leiter eines bedeutsamen Wettspieles stellen muß.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oderfurt.